

# Debatte

Hamburg Debatte | Nummer 9 | Juni 2013

Konfliktlinien | Warum an das Potsdamer Abkommen erinnern? | Wollt Ihr den totalen Markt ...? | Enteignung + Unterdrückung = EU | Wieviel Hindenburg darf es denn sein? | Vattens Fall | Sozialer (Un)frieden | Es kann nur einen geben ... | Was tun gegen Mietensinn? | Die Austauschbaren | Wiederholungstäter | Keine Einmischung von außen | Frieden braucht Frieden | Maulkorb für die Fraktion | Andere Stimmen | Türöffner Mali | Frauen mit Einkaufstaschen | Vollgedroht | Barbarei und Demokratie

**DIE LINKE.**  
LANDESVERBAND HAMBURG

**Impressum:** Hamburg Debatte | Nr. 9 | Juni 2013

Hamburg Debatte ist das Debattenorgan des Landesverbandes Hamburg der Partei DIE LINKE

**Herausgeber:** Landesvorstand DIE LINKE. Hamburg | Wendenstr. 6, 20097 Hamburg | [www.die-linke-hamburg.de](http://www.die-linke-hamburg.de)

**V.i.S.d.P.:** Tilman Rosenau | [redaktion@die-linke-hamburg.de](mailto:redaktion@die-linke-hamburg.de)

**Redaktion:** Kristian Glaser | Christian Kruse | Uli Ludwig | Uwe Post | Tilman Rosenau | Zdravko Sisic

**Erweiterte Redaktion:** Timm Kunstreich | Hartmut Obens | Norman Paech | Herbert Schui

**Mit Beiträgen von:** Jan van Aken | Kersten Artus | Gunhild Berdal | Christin Bernhold | Joachim Bischoff | Lars Buchmann | Manuel Furtado | Wiebke Hansen | Olaf Harms | Kirsten Jansen | Oskar Lafontaine | Uli Ludwig | Hartmut Obens | Norman Paech | Werner Ruf | Herbert Schui | Zdravko Sisic

**Abbildungen:** Bundesarchiv (Seiten 4 bis 10) | Clara (Seite 20) | S. Hofschläger/pixelio / Montage: Redaktion (Seiten 18/19) | Unser Hamburg – Unser Netz (Seite 11) | DIE LINKE (Seiten 12 bis 15) | Internet Movie Database / Montage: Redaktion (Seiten 16/17) | PapyRossa (Seite 25) | Rosa Luxemburg Stiftung (Seite 24) | Zdravko Sisic (Seiten 22/23/26/31) | VSA-Verlag (Seite 30) | Wikipedia (Seite 28)

**Copyright:** Creative Commons Licence (BY-NC-SA Namensnennung, keine kommerzielle Nutzung, Weitergabe aus dieser Zeitschrift unter gleichen Bedingungen)

**Bestellung und Bezug:** gegen Spende in Druck- oder Mailversion, per Post oder in Selbstabholung

**Druck:** Copy-Haus Hamburg | Auflage: 1 500 | Redaktionsschluss: 15. Mai 2013

# Inhalt

<b>Impressum</b>	<b>Seite 2</b>
<b>Editorial</b>	<b>Seite 3</b>
<b>Warum an das Potsdamer Abkommen erinnern?</b> Norman Paech	<b>Seiten 4/5</b>
<b>Wollt Ihr den totalen Markt ...?</b> Herbert Schui	<b>Seiten 6/7</b>
<b>Enteignung + Unterdrückung = EU</b> Uli Ludwig	<b>Seiten 8/9</b>
<b>Wieviel Hindenburg darf es denn sein?</b> Lars Buchmann	<b>Seite 10</b>
<b>Vattens Fall</b> Wiebke Hansen	<b>Seite 11</b>
<b>Sozialer (Un)frieden</b> Gespräch mit Kersten Artus und Christin Bernhold	<b>Seiten 12 bis 15</b>
<b>Es kann nur einen geben ...</b> Joachim Bischoff	<b>Seiten 16/17</b>
<b>Was tun gegen Mietenwahnsinn</b> Olaf Harms	<b>Seiten 18/19</b>
<b>Die Austauschbaren</b> Oskar Lafontaine	<b>Seiten 20/21</b>
<b>Wiederholungstäter</b> Zdravko Siscic	<b>Seite 21</b>
<b>Kontrovers: Keine Einmischung von außen</b> Jan van Aken	<b>Seite 22</b>
<b>Kontrovers: Frieden braucht Frieden</b> Gunhild Berdal	<b>Seite 23</b>
<b>Ein Maulkorb für die Fraktion</b> Norman Paech	<b>Seiten 24/25</b>
<b>Andere Stimmen</b> Buchtipps	<b>Seite 25</b>
<b>Türöffner Mali</b> Werner Ruf	<b>Seiten 26/27</b>
<b>Frauen mit Einkaufstaschen</b> Manuel Furtado	<b>Seiten 27/29</b>
<b>Vollgedroht</b> Kirsten Jansen	<b>Seiten 28/29</b>
<b>Buchtip: Barbarei und Demokratie</b> Christin Bernhold	<b>Seite 30</b>

# Editorial

*Liebe Leserin, lieber Leser,  
liebe Genossin, lieber Genosse,*

der zu den Bundestagswahlen 1980 uraufgeführte Film „Der Kandidat“ von Stefan Aust, Alexander von Eschwege, Alexander Kluge und Volker Schlöndorff handelt von Franz Josef Strauß. Er beginnt mit einer historischen Reflexion: Ein Sprecher erklärt aus dem Off, daß, wenn die Appeasement-Politik gegenüber Hitler ein Fehler gewesen sei, sie von Anfang falsch gewesen sei. Nach diesem thematisch im ersten Moment überraschenden Motto nimmt der – noch immer sehenswerte – Film FJS auseinander. Man kann diese historische Erkenntnis ausweiten.

Wenn die Austeritätspolitik von Reichskanzler Heinrich Brüning (Zentrum), die in den dreißiger Jahren die Krise der Weimarer Republik verschärfte, die Nazi-Partei begünstigte und in der Folge die faschistische Diktatur mithervorrief, ein Fehler war, dann war die Austeritätspolitik von Anfang an falsch – und ist es achtzig Jahre später um so mehr.

Bei der diesjährigen Bundestagswahl geht es um die Entscheidung, ob die herrschenden Kreise die sich vertiefende Gesellschaftskrise mit noch mehr Zerstörung durch Militarisierung, Demokratie- und Sozialabbau zuspitzen (können) oder ob die deutlicher werdende Kapitalismuskritik und die erstarkenden fortschrittlichen Kräfte das Ende des Neoliberalismus einleiten – das bestimmt alle KONFLIKTLINIEN.

In dieser – weltweiten – Polarisierung braucht die LINKE Klarheit, um einen überzeugenden und aufrüttelnden Wahlkampf zu führen. Die DEBATTE möchte in ihrer neunten Ausgabe dazu beitragen: Aus Anlaß des 80. Jahrestags der Machtübertragung an die Faschisten wird der Zusammenhang von Kapitalismus/Neoliberalismus und Faschismus reflektiert, um die dem Kapitalismus innewohnende Brutalität für ein aufmerksames „Wehret den Anfängen“ zu erfassen. Das soll die oppositionelle Gegnerschaft befeuern. Ebenso wird über die – international gezogenen – Schlußfolgerungen aus 1933/39/45 nachgedacht, deren Einlösung in der Gegenwart immer noch und neu aussteht.

Der zweite Schwerpunkt soll die Oppositionsrolle der LINKEN in Hamburg präziser konturieren helfen, um den Hamburger Wahlkampf durch eine treffende Kritik des kaum geminderten neoliberalen „Systems Scholz“ zu befeuern.

Unser dauerhafter Heftschwerpunkt ist dem Frieden und dem Internationalismus gewidmet: die Intentionen der Kriegsplanung und -führung offenlegen, um die Waffen zum Schweigen zu bringen und internationale Solidarität zu leben – das ist „Hamburger Linie“.

In diesem Sinne wünschen wir eine informative und anregende Lektüre

**Eure Debatten-Redaktion**



## Warum an das Potsdamer Abkommen von 1945 erinnern?

Versuchen wir zunächst zu klären, was die Alliierten nach dem Sieg über Nazi-Deutschland mit dem Abkommen wollten. Der vom Zweiten Weltkrieg erlösten Bevölkerung präsentierten sich die Forderungen ganz unverblümt in einem Flugblatt, welches im Sommer 1945 verteilt wurde. Darin heißt es: „Die Niederlage, die Deutschland durch seine eigene Überheblichkeit erlitten hat, wird nie wieder durch Waffengewalt abgeändert werden. Wie immer sich auch das politische Gesicht der Welt gestalten möge, die vereinten militärischen Kräfte, die Deutschland jetzt besiegt haben, werden jedem zukünftigen deutschen Angriffswunsch geschlossen im Wege stehen. Da die deutsche Rüstungsindustrie vollständig verwüstet ist und Millionen deutscher Männer gefallen sind, wird die Übermacht der Vereinten Nationen an Industrie- und Menschenmaterial über viele Jahre noch überwältigender sein, als sie es schon vorher war. Und obwohl der Verlust an Menschenleben im Laufe der Zeit durch das Heranwachsen von Kindern wieder ausgeglichen wird, der deutschen Industrie wird es nie wieder erlaubt werden, Waffen für einen deutschen Angriffskrieg zu erzeugen. Deutschlands Niederlage wird niemals durch Waffengewalt abgeändert werden. Nur durch friedliche Arbeit kann Deutschland jemals hoffen, sich als Nation wieder aufzurichten.“

Das politische Konzept einer Nachkriegs-Friedensordnung, wie sie der USA unter Präsident Franklin D. Roosevelt vorschwebte, zielte auf eine globale, also über Europa hinausgehende Gleichgewichtsordnung, deren Rückgrat die freundschaftlichen Beziehungen unter den Großmächten bilden sollte. Zu diesen Mächten zählte er nur noch die Sowjetunion, Großbritannien und die Volksrepublik China, die übrigen europäischen Staaten spielten in diesem Konzept keine besondere Rolle. Roosevelt war auch im Gegensatz zur sowjetischen Führung von der langfristigen Annäherung der unterschiedlichen Gesellschaftssysteme überzeugt, deren antagonistischen Gegensatz in der sowjetischen Interpretation er nicht teilte. Seine oft als illusionär bezeichnete One-World-Konzeption baute auf die atlantisch-russische Allianz für Frieden. Sie sollte in der UNO zu ei-

nem kollektiven System der Sicherheit zusammengefügt werden. Sie stützte sich auf das Prinzip des Freihandels, den freien Waren- und Kapitalaustausch, wie er in den Bretton-Woods-Organisationen institutionalisiert wurde. Die weltweite Dominanz liberal-demokratischer parlamentarischer Systeme war für ihn und den britischen Premier Winston Churchill eine selbstverständliche Voraussetzung des Erfolgs dieser Friedensordnung.

Deutschland spielte nur insofern eine Rolle, als sein militaristisches und nationalsozialistisches Potenzial samt seiner ökonomischen Grundlage vollkommen vernichtet werden sollte. Auch eine territoriale Zerstückelung wurde nicht ausgeschlossen, wenn sie dem Ziel nutzen konnte, den deutschen Einfluss im europäischen Staatensystem vollständig zu demontieren. Man wollte aus dem Fehler lernen, den man 1918 begangen hatte, als die Alliierten es versäumt hatten, Deutschland zu besetzen – ein Fehler, den man für den Ausbruch des Zweiten Weltkriegs mitverantwortlich machte. In dieser Frage sowie in der engen Zusammenarbeit mit der Sowjetunion bei der Behandlung Nachkriegsdeutschlands bestand noch Einigkeit in der nach dem Tode Roosevelts (April 1945) von Harry S. Truman geleiteten US-Delegation in Potsdam. Erst im März 1947 fand der Kalte Krieg in seiner „Truman-Doktrin“ seinen vollen Ausdruck.

Der Abschnitt III des Abkommens mit der Überschrift „Deutschland“ enthält die wesentlichen politischen und wirtschaftlichen Grundsätze für die Politik der Nachkriegszeit, die unter den Schlagworten der Entnazifizierung, Entmilitarisierung und Entmonopolisierung bekannt geworden sind. Trotz aller Differenzen in den Vorstellungen der Siegermächte hatten die im Februar 1945 auf der Krim zusammengekommenen Hauptmächte USA, Sowjetunion und Großbritannien die Leitlinien des Potsdamer Abkommens bereits formuliert: „Der deutsche Militarismus und Nazismus werden ausgerottet, und die Alliierten treffen nach gegenseitiger Vereinbarung in der Gegenwart und in der Zukunft auch andere Maßnahmen, die notwendig sind, damit Deutschland niemals mehr seine Nachbarn oder die Erhaltung des Friedens in der ganzen Welt bedrohen kann. Es ist nicht



die Absicht der Alliierten, das deutsche Volk zu vernichten oder zu versklaven. Die Alliierten wollen dem deutschen Volk die Möglichkeit geben, sich darauf vorzubereiten, sein Leben auf einer demokratischen und friedlichen Grundlage von neuem wieder aufzubauen.“

Lassen wir hier einmal die durchaus lohnende Diskussion über den Misserfolg des Vorhabens, den deutschen Militarismus und Nazismus gänzlich auszurotten, beiseite. Wer käme aber nicht ins Grübeln bei der Erinnerung an jene Sätze des Flugblattes vom Sommer 1945: „... der deutschen Industrie wird es nie erlaubt werden, Waffen für einen deutschen Angriffskrieg zu erzeugen. ... Nur durch friedliche Arbeit kann Deutschland hoffen, sich als Nation wieder aufzurichten.“ Schon die Wiederbewaffnung und die Aufnahme in die NATO standen quer zu den ursprünglichen Absichten der Alliierten. Aber die Beteiligung Deutschlands am Überfall auf Jugoslawien, die Statistik, die Deutschland seit Jahren auf dem dritten Platz der Nationen für Rüstungsexport führt, und die Beteiligung an weltweiten Kriegseinsätzen stehen im krassen Gegensatz zum Ziel der Entmilitarisierung. Gestehen wir uns also ein, dass die friedenspolitischen Grundsätze heute ebenso wenig eine Rolle in den aktuellen Diskussionen der westlichen Staatengemeinschaft spielen wie die Reparationen, die seinerzeit ein äußerst strittiges Thema waren, oder die verweigerte Aburteilung der Kriegsverbrecher, eines der dunkelsten Kapitel der Nachkriegsgeschichte.

Doch sei noch an einen der Grundsätze erinnert, der gerade in der gegenwärtigen Eurokrise von höchster Aktualität sein könnte. Die Alliierten waren sich in ihrer Analyse vollkommen einig, dass die Naziherrschaft und der Aggressionskrieg Hitlers erst durch die massive Unterstützung durch die führenden Wirtschaftsmonopole in Deutschland möglich geworden war. Im Potsdamer Abkommen forderten sie deshalb: „In praktisch kürzester Frist ist das deutsche Wirtschaftsleben zu dezentralisieren mit dem Ziel der Vernichtung der bestehenden übermäßigen Konzentration der Wirtschaftskraft, dargestellt insbesondere durch Kartelle, Syndikate, Trusts und andere Monopolvereinigungen.“ (Abschnitt II, Ziff. 12.) Dieser Grundkonsens über die Dezentralisierung der Wirtschaft wurde auch in den folgenden Jah-

ren nicht in Frage gestellt. Doch zeigten sich in der konkreten Politik alsbald Differenzen zwischen Briten und Amerikanern. Die Labour-Regierung hielt die Sozialisierung für das wirksamste Mittel zur Entmachtung privatwirtschaftlicher Macht. Die britische Militärverwaltung beschlagnahmte deshalb bereits im November 1945 das gesamte Krupp-Vermögen, enteignete entschädigungslos im Dezember alle Zechen in der britischen Zone und übernahm die gesamte Stahlindustrie in treuhänderische Verwaltung. Die USA hingegen tasteten die Eigentumsverhältnisse nicht an und beschränkten sich im Wesentlichen auf die Aufspaltung der früheren Großunternehmen. Sozialisierungsmaßnahmen prinzipiell ablehnend gegenüber eingestellt, wollten sie jede Präjudizierung der deutschen Wirtschaftsordnung vermeiden. So wurden auch alle Sozialisierungsvorstöße der Deutschen in den Ländern verzögert und aufgeschoben.<sup>1</sup> In Deutschland selbst wurden die Entflechtungsmaßnahmen zunächst von allen politischen Kräften unterstützt, die gleichzeitig auch zum Teil umfangreiche Sozialisierungsforderungen erhoben. So ist auch der heute weitgehend vergessene und wirkungslose Sozialisierungsartikel 15<sup>2</sup> im Grundgesetz zu erklären. Doch schon bald drehte sich der Wind und bereits im November 1951 mussten die Westalliierten gegen den vollkommen ungenügenden Kartellgesetzentwurf der Adenauerregierung intervenieren. Sie vermochten zwar einige Änderungen durchzusetzen, aber bis heute haben alle Regierungen und etablierten Parteien es verstanden, dieses Gesetz zahnlos zu halten und die Entmonopolisierung ins Reich linker Träume zu verbannen.

Deshalb sollte an das Potsdamer Abkommen erinnert werden.

**Norman Paech**, emeritierter Professor für Völkerrecht an der Universität für Wirtschaft und Politik in Hamburg (HWP) und Hamburger Bundestagsabgeordneter der LINKEN von 2005 bis 2009

---

1) Genaueres ist nachzulesen in: Michael Antoni, Das Potsdamer Abkommen – Trauma oder Chance? Berlin Verlag 1985, S. 191.  
2) „Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden.“

Der Neoliberalismus hat eine klare Vorstellung davon, was eine Gesellschaft sein soll: In die Gesellschaft wird nur aufgenommen, wer Handel treibt. Das sagt Hayek. Er ist eine der bedeutendsten Figuren dieser Richtung. Für seine „große“, seine „offene“ neoliberale Gesellschaft hat er eine fremdartige Bezeichnung: Katallaxie. Damit soll, so Hayek, deutlich werden, dass Handel treiben das Wesen der Gesellschaft sei, eben weil das griechische Verb „katallaktein“ mit seinen beiden Bedeutungen „Handel treiben“ und „in die Gesellschaft aufnehmen“ dies angemessen anspreche.<sup>1</sup> In dieser Welt ist alles menschliche Handeln wirtschaftlich bestimmt, es orientiert sich an Nutzenvergleichen. Sich einordnen in die Gesellschaft, ihre Werte übernehmen heißt demnach, sich anpassen im Markt und für den Markt. Sehr aufschlussreich dazu ist ein Aufsatz von Harold Demsetz im „North Carolina Law Review“. Dieser entschieden neoliberale Ökonom empfiehlt Leuten, die am Arbeitsmarkt diskriminiert werden, auf

mäßige Leitung“ ein „gefährliches Unternehmen (sei), weil jeder Planwirtschaft nur zu leicht die Verbürokratisierung und damit die Erstickung der ewig schöpferischen privaten Einzelinitiative folgt. (...) Diese Gefahr wird noch erhöht durch die Tatsache, daß jede Planwirtschaft nur zu leicht die harten Gesetze der wirtschaftlichen Auslese der Besseren und der Vernichtung der Schwächeren aufhebt oder zumindest einschränkt zugunsten einer Garantierung der Erhaltung auch des minderwertigen Durchschnitts (...)“<sup>2</sup>

Auslese durch Wettbewerb auf dem Markt ist bekanntlich auch die Grundlage des Bekenntnisses zur freien Marktwirtschaft. Die Neoliberalen allerdings verstehen die Auslese umfassender: Sie ist Bestandteil ihrer Evolutionstheorie. Hayek sagte in einem Interview: „Gegen die Überbevölkerung gibt es nur die eine Bremse, nämlich daß sich nur die Völker erhalten und vermehren, die sich auch selbst ernähren können.“ Das sei,

## Wollt Ihr den totalen Markt ...?

Das Bürgertum wird immer rabiat. Es ist Zeit die Sache selbst in die Hand zu nehmen. Da hilft kein Bewerbungstraining.

Lohn zu verzichten. Damit entstünden dem Unternehmer wegen seiner Diskriminierung Kosten. Das sei für ihn ein Grund, sein Verhalten zu ändern. Kurz und gut: Wir sollen unser Dasein unternehmerisch deuten, unserer persönlichen Lebensweise unternehmerische Formen geben. (Die Ratgeberliteratur informiert über Einzelheiten, beispielsweise wie man sich gut verkauft.)

Unternehmerisches Verhalten ist bestimmt von Kosten und Nutzenerwägungen. Die Kosten sind zu minimieren; was nichts einbringt, ist nutzlos und wird ausgesondert. Wer nichts Nützliches anzubieten hat, kann nicht in die Gesellschaft aufgenommen sein, gehört nicht dazu – so die Langzeitarbeitslosen, die Arbeitskraft anbieten, die keiner kaufen will. Damit ist festgelegt, nach welchen Grundsätzen der totale Markt – er ist dann total, wenn unsere ganze Lebensweise unternehmerische Formen angenommen hat – seine Auslese trifft.

Dieser Rigorismus des totalen Marktes kommt der Verachtung des „Schwachen“, wie wir dies vom Faschismus kennen, recht nahe. Wirtschaftlicher Wettbewerb hat Hitler in den Kram gepasst: Er sagte, dass „plan-

so Hayek, kein Sozialdarwinismus, sondern: „bei mir geht es um einen gesellschaftlichen Evolutionsprozeß“.<sup>3</sup>

Damit ist nicht behauptet, dass es sich beim Neoliberalismus um Faschismus handelt. Beides sind Formen bürgerlicher Herrschaft. Hayek sympathisierte nicht mit Hitler. Schwitzende und grölende SA-Leute waren ihm zu plebejisch. Auch kennt der totale Markt keinen Führer und keine anhaltende „Volksbewegung“, so wie sie in Form ständiger Kampagnen von faschistischen Regimes inszeniert wird. Denn die neoliberale Gemeinschaft ist nicht „Volksgemeinschaft“, sondern die Gemeinschaft derer, die in den Markt aufgenommen sind. Und in der neoliberalen Theorie ist es nicht ein Führer oder seine Partei, die alles steuert, sondern die individuellen Nutzenerwägungen der Individuen. Aber die Idee rigoroser Auslese nicht nur im wirtschaftlichen Wettbewerb, sondern auch im „Evolutionprozess“ verdeutlicht doch eine gewisse Verwandtschaft von Faschismus und Neoliberalismus. Beachtung verdient auch, dass einige rechtsradikale Parteien, so die österreichische FPÖ oder die Französische Front National, Friedman oder Hayek sehr ausgiebig und zustimmend zitieren.

Eine Gesellschaft muss verrohen, wenn sie durchgängig von einer unternehmerischen Lebens- und Verhaltensweise bestimmt ist. Heitmeyer spricht von „roher Bürgerlichkeit“. Nutzloses als „Sozialschrott“ auszusondern erfordere eine „strikte Trennung zwischen Gewinnern und Verlierern“, eine „Dichotomie von Leistungsträgern und Überflüssigen.“<sup>4</sup> Hierbei werte die obere Statusgruppe die schwachen Gruppen am stärksten ab.<sup>5</sup> (Emporkömmlinge, wie Gerhard Schröder, legen hier besonders viel Eifer an den Tag.) Die ökonomisierte Gesellschaft sei der Nährboden für elitär motivierte Menschenfeindlichkeit.<sup>6</sup> Es ist nun nicht mehr die Herrenrasse, die Menschen aussondert, sondern ein „entkultiviertes Bürgertum, das (...) versucht, eigene Ziele mit rabiaten Mitteln durchzusetzen“.<sup>7</sup>

Unterstützt wird diese Haltung von der (vorherrschenden) neoklassischen Wirtschaftstheorie. Sie behauptet, dass Arbeitslosigkeit die Folge zu hoher Löh-

ndigkeit haben und folglich – gegeben der Stundenlohn – für das Unternehmen weniger Gewinn abwerfen. Die deswegen Herausgesiebteten werden arm. Vom Unternehmensinteresse her ist das rational. Und eine Gesellschaft, die in jeder Facette nach unternehmerischen Kosten-Nutzen-Erwägungen handelt, ist bereit, die so nutzlos Gewordenen eiskalt zu verachten.

Eine Lösung ist von einem höheren Wesen oder von einem entkultivierten und rabiaten Bürgertum nicht zu erwarten. Da hilft nur eines: Die große Mehrheit, die von Arbeit lebt, Erwerbsarbeit sucht, wegen geringen Lohns zu wenig Altersrente hat, noch in der Ausbildung ist, all die müssen die Sache selbst in die Hand nehmen. Da hilft kein Bewerbungstraining für Stellen, die es nicht gibt. Also weg mit der Resignation, mit der Selbstbezichtigung, dass Armut und Arbeitslosigkeit der eigene Fehler gewesen sei! Trainieren wir stattdessen, uns selbst um die öffentlichen An-

ne ist: Wer keinen übertriebenen Lohn fordert, wer tatsächlich arbeiten und sich nicht in der „sozialen Hängematte“ ausruhen will, findet Beschäftigung. (Kurt Beck, damals Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz und Parteivorsitzender der SPD, brachte das 2006 so auf den Punkt: „Wenn Sie sich waschen und rasieren, dann finden Sie auch einen Job.“ Endlich brauchen wir keine Wirtschaftstheorie mehr. Seife und Rasierzeug reichen aus.) In dieser Welt sind die Arbeitslosen selbst für Ihre Lage verantwortlich. Die Hartz-IV-Gesetze sollen sie antreiben.

Keynesianische Theorie sieht das anders: Zu Arbeitslosigkeit kommt es, weil die gesamtwirtschaftliche Nachfrage zu gering ist. Es wird weniger Arbeit benötigt, um die nachgefragten Waren herzustellen. Folglich sind nicht die Arbeitslosen für ihre Lage verantwortlich, denn schließlich können sie die Gesamtnachfrage nicht vergrößern. Wen nun erwischt die Arbeitslosigkeit mit der höheren Wahrscheinlichkeit? Wenn mehr Arbeitsstunden angeboten werden, als die Unternehmen nachfragen, sieben die Unternehmen all die heraus, welche die vergleichsweise geringere Pro-

gelegenhkeiten zu kümmern in Initiativen, in der Gewerkschaft, in unserer Partei. Und verhalten wir uns da nicht wie das entkultivierte und rabiate Bürgertum! Packen wir die Sache an mit Solidarität und Elan – geduldig und beharrlich! Es ist viel zu tun.

**Herbert Schui** ist Redakteur dieser Zeitschrift

1) Friedrich August von Hayek, Grundsätze einer liberalen Gesellschaftsordnung, in: ders., Freiburger Studien. Gesammelte Aufsätze von F. A. von Hayek, Tübingen 1969, S. 121.

2) Rede von Adolf Hitler am 21. Mai 1935 im Deutschen Reichstag, in: Paul Meier-Benneckenstein (Hrsg.): Dokumente der deutschen Politik, Band 3, Berlin 1937, S. 71f.

3) Friedrich August von Hayek: Ungleichheit ist nötig, Interview mit Stefan Baron, in: Wirtschaftswoche, Nr. 11, 1981. Dieses Interview wurde nach Hayeks Tod erneut in der Wirtschaftswoche publiziert (Nr. 3 vom 11. Januar 1996). Die hier zitierte Passage ist dort allerdings nicht mehr wiedergegeben.

4) Eva Groß, Julia Gundlach, Wilhelm Heitmeyer, Die Ökonomisierung der Gesellschaft. Ein Nährboden für Menschenfeindlichkeit in oberen Status- und Einkommensgruppen. In: ders. (Hrsg.), Deutsche Zustände. Folge 9, Frankfurt 2010, S. 140f.

5) Ebenda, S. 149.

6) Ebenda, S. 152.

7) Wilhelm Heitmeyer, Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in einem unsicheren Jahrzehnt. In: ders. (Hrsg.), Deutsche Zustände, S. 35.

Wenn historische Jahrestage den politischen Sinn haben, durch Verweis auf historische Prozesse und Ereignisse Aufgaben der Gegenwart ins Bewußtsein zu rücken, dann wäre der 9. September 1914 als Tag der Veröffentlichung des „Septemberprogramms“ durch den deutschen Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg im September ein guter Anwärter. Die Linke hat gute Gründe, ihre Strategien auf das zentrale politische Projekt ihres Hauptgegners, des deutschen Großkapitals einzustellen, das an jenem Tag in dankenswerter Deutlichkeit bekannt gegeben wurde. Die Europastrategien des deutschen Kapitals wurden damals in den „Kriegsziel-Richtlinien“ so formuliert: „Es ist zu erreichen die Gründung eines mitteleuropäischen Wirtschaftsverbandes durch gemeinsame Zollabmachungen, unter Einschluß von Frankreich, Belgien, Holland, Dänemark, Österreich-Ungarn und eventuell Italien, Schweden und Norwegen. Dieser Verband, wohl ohne konstitutionelle Spitze, unter äußerlicher Gleichberechtigung seiner Mitglieder, aber tatsächlich unter deutscher Führung, muß die wirtschaftliche Vorherrschaft Deutschlands in Mitteleuropa stabilisieren.“<sup>1</sup>

Zwei Aspekte machen diese Forderungen so bedeutsam: Erstens ist da die bis heute reichende Kontinuität ihrer Verwirklichung – der Erste Weltkrieg, der Faschismus an der Macht und damit auch der Zweite Weltkrieg und die parlamentarische Demokratie der BRD mit der einhelligen Europapolitik aller Regierungskonstellationen nach 1945. Und zweitens stehen wir vor einer furchteinflößenden Erfolgsgeschichte im weltgeschichtlichen Maßstab, denn „was da gefordert wurde, ein von Deutschland geführtes Europa, ist heute erreicht, allerdings nicht als Alleinherrschaft, sondern in einer Art Ko-Dominium mit einem wirtschaftlich schwächeren Partner, Frankreich.“<sup>2</sup> Der Schrecken geht nicht nur von der gewaltsamen Vergangenheit, sondern nunmehr auch von der Zuspitzung aus, die das aktuelle Modell in der Weltwirtschaftskrise seit 2008 – und hier vor allem in seinem europäischen Epizentrum – erfahren hat, und von den Verwüstungen, die die deutsche Hegemonie schon bewirkt hat und noch bewirken wird.

Doch der Reihe nach: Die Krise hat einen allgemeinen und einen europäischen Aspekt. Beginnen wir mit dem allgemeinen. Der finanzmarktgetriebene Neoliberalismus basierte zu einem großen Teil auf kreditgenerierter Massennachfrage und schuf dabei immer neue und grö-

ßere Spekulationsblasen, die als „regelrechte Katalysatoren dieser Verschuldungsdynamik fungierten“<sup>3</sup>. Banken in aller Welt beteiligten sich am Aufpumpen der Blasen und entwickelten eine hohe kriminelle Energie bei der Gestaltung von Finanzprodukten, die gleichsam erdachte Werte schufen. Gegenwärtig erleben wir wöchentlich neue hektische Versuche, aus den Löchern im Schuldenystem und den staatlichen Rettungsversuchen der Banken eine Staatsschuldenkrise zu machen und dabei die wahren Ursachen der Schulden zu verschleiern.

Kommen wir zum europäischen Aspekt. Die Krise der Eurozone steht im Brennpunkt der langfristigen Krise des kapitalistischen Weltsystems und hier spielen wiederum die von der Bundesregierung schon seit langem erfolgreich vertretenen Interessen der deutschen Exportindustrie eine spezielle Rolle. In Verbindung mit der Einführung des Euro konnten durch die Absenkung des Lohnniveaus und die Einführung der Hartz-IV-Arbeitsgesetze große deutsche Handelsüberschüsse erzielt werden, da die ökonomisch unterlegenen südlichen Euro-Länder nunmehr keine Möglichkeit hatten, z.B. ihre Wettbewerbsfähigkeit zumindest teilweise durch die Abwertung ihrer Währung zu erhöhen. So blieb ihnen nur der Weg der Verschuldung, um die Importe bezahlen zu können. Die seit 2002 angesammelten Leistungsbilanzüberschüsse der BRD im Euroraum belaufen sich mittlerweile wertmäßig auf 770 Milliarden Euro.

Die Bundesregierung steht vor der Aufgabe, die Forderungen der deutschen Gläubiger ans Ausland abzusichern, die von der französischen Bank Natixis bei einem Ausfall auf etwa zehn bis zwanzig Prozent der deutschen Wirtschaftsleistung kalkuliert wird.<sup>4</sup> Es muß dabei davon ausgegangen werden, daß der Ausfall eintreten wird, egal, ob sich Deutschland aus Euro-Land verabschieden oder darin bleiben würde.

In Heft 8 der *Hamburg Debatte* hatte Wolfram Elsner bereits darauf hingewiesen, daß die Spekulationsblase inzwischen etwa fünfzehnmal so groß ist wie das Weltsozialprodukt. Sie enthält „Einkommensansprüche an uns alle und auf Kosten von uns allen“, die so hoch sind, daß das gesamte Weltsozialprodukt nicht ausreichen würde, um das (fiktive) Nominalkapital rechtzeitig vor der Implosion der Blase in reale, dauerhaftere Werte zu überführen. Nur wenigen wird diese Aneignung gelingen, und: Es muß soviel

## Enteignung + Unterdrückung = EU

Die Spekulationsblase ist etwa fünfzehnmal so groß wie das Weltsozialprodukt. Was haben sogenannte gestaltete Finanzprodukte und Hartz IV damit zutun?

mit realen Mitteln für die erdachten Werte gezahlt werden, daß Repressionen letztlich unumgänglich werden.

Das erklärt nicht nur solche Strategien wie die Umverteilungs-Amokläufe, mit denen zur Zeit in Zypern experimentiert wird und in denen regelmäßig Millionen Kleinanleger, Rentner, Lebensversicherte usw. in die Röhre gucken dürften, sondern auch die zunehmende Verwendung des Staates als direkte Enteignungs- und Repressionsinstanz. Das kann an der europäischen Peripherie studiert werden, wenn nach verheerenden Privatisierungen, Lohn- und Sozialabbau z.B. in Griechenland dagegen streikende Arbeiter mit Hilfe eines Gesetzes aus der Juntazeit zwangsarbeitsverpflichtet werden oder in Spanien nach mehreren Berichten über Polizeübergriffe bei Demonstrationen das Fotografieren derselben verboten wird. „Das Gespenst eskalierender staatlicher Gewalt geht um in Europa“<sup>5</sup>.

Die „sicherheitspolitischen“ Planungen auf deutscher und europäischer Ebene schließen offensichtlich auch bürgerkriegsähnliche Situationen nicht aus. Eine in den Lissabonner Vertrag eingebaute „Solidaritätsklausel“ sieht den Einsatz von nationalen Sicherheitskräften im Hoheitsgebiet eines anderen Staates vor und in Deutschland hat das Bundesverfassungsgericht mit seiner Entscheidung am 17. August 2012 das bisherige Verbot, zur „Abwehr von Katastrophen“ militärische Waffen einzusetzen, gekippt. Durch die Vermengung von Bundeswehr, Katastrophenschutz und Terrorismusabwehr werden das Grundgesetz unterlaufen und der Einsatz der Bundeswehr im Inneren ermöglicht. Und in einem Gefechtsübungszentrum (GÜZ) in Letzlingen, das in der Altmark nahe Magdeburg gebaut wird, sollen alle(!) Soldaten der Bodentruppen der Bundeswehr, die in den Kriegseinsatz im Ausland entsendet werden, ein zweiwöchiges Training absolvieren, bei dem sie unter „realitätsnahen Bedingungen“ schon einmal in einer simulierten (europäischen?) Großstadt Krieg üben und perfektionieren.

Dazu paßt, daß die Zukunftsperspektive der verelendenden Krisenpolitik ihre Verallgemeinerung ist: Nach dem Vorbild der Verträge der Troika mit den Schuldenstaaten wird eine Europäisierung der Memorandenpolitik geplant. Die EU-Kommission soll künftig mit allen 17 Staaten der Eurozone bilaterale Verträge abschließen können, in denen sich die Staaten zu Sozialkürzungen, Privatisierungen und einer Flexibilisierung des Arbeitsmarktes nach Vorbild der

deutschen Agenda 2010 verpflichten. Nach den Vorstellungen des deutschen Finanzministers Schäuble soll sogar durch einen EU-Haushaltskommissar das Durchgriffsrecht auf die nationalen Haushalte eingeführt werden.

Diese Politik stellt hohe Anforderungen an die zu propagierende Europaideologie, die die Zustimmung der Mehrheit der Bevölkerung gewährleisten soll. Auch hier gibt es eine historische Kontinuität, auf die Reinhard Opitz schon 1984 hingewiesen hat: Die europäische Werteidentität hat in seiner postulierten besonderen gemeinsamen Eigenart („Identität“) rassistische Wurzeln und basiert auf der, „dem liberalistischen und marxistischen Egalitarismus entgegenstehenden Idee der Ungleichheit“. Diese ist sozialdarwinistisch-individuell und leistungsorientiert. Wer kann dafür besonders gut gewonnen werden? Aus der Sicht von Reinhard Opitz ist eine Unterstützung nicht so sehr von den „immer allein in den Blick genommenen Krisengeschädigten“ zu erwarten, sondern vielmehr vom für eine sozialdarwinistische Lebenssicht „viel eher zugängliche, daher ‚wertvollere‘ (schneller zu gewinnende) Potential vor allem der Bundeswehrsoldaten und -offiziere [und] der ihr Leben doch selbst schon im Licht eines Machtkampfs nach dem Prinzip ‚du oder ich‘ stehenden Aufsteiger in der Wirtschaft und anderen Berufen, allerdings auch der als Multiplikatoren wichtigen Medienarbeiter...“<sup>6</sup>

Am 9. September 2014 sollten wir also mit einem Jahrestag der einhundertjährigen Geschichte der Europastrategien des deutschen Kapitals und seiner andauernden Zielsetzung und Wirkung gedenken. Wie immer wir den ablaufenden Prozeß und dessen Ziel nennen: Entdemokratisierung, Postdemokratie oder eine neue Variante faschistischer Herrschaft – wir müssen uns so widerstandsfähig machen, daß wir ihn stoppen können und wir dürfen dabei nicht auf parlamentarische Initiativen zur einer „sozialen und demokratischen Umgestaltung der EU“ hoffen, sondern müssen internationale Bewegungsformen unterstützen bzw. schaffen.

**Uli Ludwig** ist Redakteur dieser Zeitschrift

---

1) Reinhard Opitz, (Hrsg.), Europastrategien des deutschen Kapitals, S. 215; 2) Georg Fülberth, Das Lehrstück vom 30. Januar 1933, MBI 2-13; 3) Tomasz Konicz, Europa in der Krise, jW 14.01.2012; 4) vgl. Stephan Kaufmann, Ein teurer Abschied, FR, 13./14. April 2013; 5) Sebastian Range, Versammlungsrecht bald exekutiert? Hintergrund, 2-2013; 6) Reinhard Opitz, Neofaschismus und Krise, MBI 1-13, S.58

# Wieviel Hindenburg darf es denn sein?

Straßenumbenennung in Nord.



Im Westen der Republik gibt es, sozusagen in Vorbereitung des achtzigsten Jahrestages der Ernennung Hitlers durch Generalfeldmarschall Hindenburg zum Reichskanzler am 30. Januar 1933, eine verstärkte öffentliche Diskussion zur Umbenennung von Straßen und Plätzen, die den Namen Hindenburg tragen. Auch die Ehrenbürgerschaft Hindenburgs steht in der Kritik. So auch in Hamburg-Nord, wo auf Antrag der Fraktion die GRÜNEN die Straßenumbenennung zum Gegenstand der politischen Auseinandersetzungen im Bezirksparlament wurde.

Welche politischen Positionen lassen sich ausmachen? Die SPD im Bezirk Nord mit ihrer Fast-Mehrheit will nur einen kleinen Teil der insgesamt über drei Kilometer langen Hindenburgstraße umbenennen. So soll das kaum bewohnte Teilstück zwischen Borgweg und Planetarium nach dem Sozialdemokraten Otto Wels umbenannt werden. Die Hauptstrecke der Hindenburgstraße, welche immerhin durch 3 Stadtteile (Winterhude, Großborstel und Alsterdorf) führt, soll weiterhin den Namen des Generalfeldmarschalls tragen.

Der kleine Koalitionspartner FDP verknüpft die Straßenumbenennung mit der Umbenennung auch an-

derer Straßen (z.B. Schottmüllerstraße); getreu dem Motto: Möglichst viele Umbenennungen, so dass die Chance groß ist, dass nichts umbenannt wird.

Ganz bizarr wird es bei der CDU: Ihr Fraktionschef Andreas Schott fordert, es sei „nicht vertretbar, je nach Zeitgeist aus heutiger Perspektive eine Gesinnungsprüfung bei historischen Personen durchzuführen“.

Diese wohl gefährlichste politische Position im Bezirksparlament Hamburg-Nord verkehrt die historischen Fakten und ist damit geeignet, Wegbereiter von reaktionären Wendungen zu werden. Denn: Hindenburg ist nicht der senile Tattergreis und einstige Held von Tannenberg, wie er gern auch in Schulbüchern dargestellt wird, sondern, wie auch in der dreiteiligen ZDF-Reihe vom März dieses Jahres nachzuvollziehen war, der Antidemokrat, der eine aktive und entscheidende Rolle beim Weg in die faschistische Diktatur innehatte. Der Generalfeldmarschall habe, so Historiker Pyta in einem ZDF-Interview, gezielt darauf hingearbeitet, „das Parlament auszuschalten“. Der CDU in Nord sei an dieser Stelle empfohlen, die Argumentation der NPD Hamburg zur Kenntnis zu nehmen und daraufhin ihre politische Positionierung selbstkritisch zu hinterfragen.

Die SPD muss sich fragen lassen, wenn sie schon ihren einstigen SPD-Chef und Fraktionsvorsitzenden im Reichstag (1933) ehren will, wie halbherzig diese Ehrung ist. Gerade das kleinste und kaum bewohnte Teilstück der Hindenburgstraße soll nach ihm benannt werden.

Die Fraktion DIE LINKE ist grundsätzlich für die sofortige Aberkennung der Ehrenbürgerschaft Hindenburgs in Hamburg und kann sich durchaus eine Namensteilung vorstellen. So könnte beispielsweise die Gesamtstrecke in drei sinnvolle Teilstücke gegliedert werden. Ein mögliches Namensszenario könnte dann lauten: Otto Wels (SPD), Kurt Elvers (Grüne), Rosa Luxemburg (DIE LINKE). Auch in Hamburg ist es an der Zeit, weit mehr Straßen und Plätze nach fortschrittlichen Frauen – so wie in Berlin – zu benennen!

Wie immer die Straßenumbenennung ausgehen wird, sie wird, wie auf der ganzen Welt, wo die Straßen Namen tragen, immer das aktuelle politische Kräfteverhältnis widerspiegeln. Um diese Verhältnisse zu wenden oder, je nach den Bedingungen, zu erhalten, ist Aufklärung unter der Bevölkerung von Nöten.

Hierzu will DIE LINKE zusammen mit anderen politischen Kräften einen Beitrag leisten. So fand am 22. Mai, direkt an der Hindenburgstraße, in der Aula der Schule Carl-Cohn-Straße eine Diskussionsveranstaltung mit dem Historiker Joachim Szodrzynski von der Forschungsstelle für Zeitgeschichte Hamburg (FZH) statt.

**Lars Buchmann** ist Fraktionsvorsitzender der Linksfraktion in der Bezirksversammlung Hamburg-Nord

# UNSER HAMBURG UNSER NETZ

~~NEIN~~ JA zu 100%

## Vattens Fall

**Spaltet der Netze-Volksentscheid Hamburg? Nein!**

Am 22. September, dem Tag der Bundestagswahl, entscheiden die HamburgerInnen auch über die Zukunft der Energienetze, die jetzt noch mehrheitlich von Vattenfall und E.on kontrolliert werden. Laut einer repräsentativen Abendblatt-Umfrage vom Januar will die Mehrheit der HamburgerInnen, satte 64 Prozent, dass die Energienetze wieder von einem städtischen Unternehmen betrieben werden. Sie lassen sich von den zahlreichen Angriffen auf die direkte Demokratie und auf die Initiatoren des Volksentscheids nicht beirren. Auch die 25,1 Prozent Beteiligung der Stadt an den Netzen, die dann immer noch von Vattenfall und E.on bestimmt werden, täuscht die HamburgerInnen nicht darüber hinweg, dass eine so wichtige Infrastruktur komplett unter demokratische Kontrolle gehört.

Der SPD-geführte Hamburger Senat hat sich noch während des Volksbegehrens im Sommer 2011 mit Vattenfall und E.on zusammengetan und die 544 Millionen Euro schweren, stark umstrittenen Verträge für eine Minderheitsbeteiligung ausgehandelt. Jetzt agitieren sie Seite an Seite gegen die von einem breiten Bündnis und vielen BürgerInnen getragene Initiative. Dabei setzen sie auf Panikmache, Schönfärberei des klimazerstörenden Konzerns, ein Energiekonzept, das seinen Namen nicht wert ist, bis hin zu Gutachten, die kritischen Prüfungen nicht standhalten. Die Handelskammer bestreitet gleich, dass die Bürger überhaupt das Recht haben sollten, eine so wichtige Frage direktdemokratisch zu entscheiden. Die CDU-Fraktion zog sogar vor das Verfassungsgericht, um den Volksentscheid zu kippen: ohne Erfolg.

Dieses Aufbäumen gegen die Volksinitiative zeigt, was für eine empfindliche Stelle der Konzerne getroffen wurde. Sie verlieren mehr und mehr Marktanteile und ihre Geschäftsgrundlage zerbröseln mit der Energiewende. Mit den Netzen machen sie derzeit solide Renditen und können die Entwicklungen der Energiewende zu den eigenen Gunsten steuern. Und dennoch: Die Mehr-

heit der Hamburger will ihre Netze wieder selber kontrollieren. Die Netzübernahme ist machbar und bezahlbar.

Wer hat etwas davon, wenn alle Netze in öffentlicher Hand sind?

- Die Verbraucher und die Mieter: Mit den Fernwärmepreisen macht Vattenfall derzeit sehr hohe Gewinne. Fast ein Drittel der Strom- und Gaspreise sind die Netzgebühren. Hier ist eine transparente Preisgestaltung wichtig – und nur möglich, wenn Gemeinwohl und nicht Profit die Maxime ist. Im großen Fernwärmenetz herrscht jetzt noch das vom Senat abgesegnete Vattenfall-Monopol. Wenn nicht mehr die Interessen von Vattenfall die Netze kontrollieren, kann das Netz auch für andere Wärmeanbieter geöffnet werden.

► Der Klimaschutz: Fast 100 Prozent CO<sub>2</sub>-frei bis 2050, das ist ein hohes, aber notwendiges Ziel. Die Verteilnetze sind ein wichtiger Baustein der Energiewende. Über sie werden die dezentralen Anlagen eingebunden, der Verbrauch auf Sonne und Wind abgestimmt, Energie gespart. Mit den Strom-, Gas-, Fernwärme- und Wassernetzen in einer Hand sind innovative Lösungen möglich. Die Entscheidung, wer in Zukunft die Netze betreibt, steht jetzt an und gilt für 20 Jahre. Wir haben die Chance auf eine Weichenstellung für Klimaschutz und eine Energiewende mit den BürgerInnen.

► Die Stadtkasse: Die Übernahme der Netzbetriebe mit ihren MitarbeiterInnen und der Umbau der Energienetze können durch die sicheren Einnahmen aus den Strom- und Gasnetzgebühren und einer fairen Fernwärmeverversorgung bezahlt werden. Das sind immerhin über 400 Millionen Euro Umsatz im Jahr allein bei Strom und Gas. Wie hoch der Übernahmepreis wird, wissen wir heute noch nicht. Nur so viel: Wenn die Stadt sich bei dem jetzigen 25,1 Prozent-Deal nicht übers Ohr hat hauen lassen hat, kann auch eine vollständige Übernahme finanziert werden. Sollte die Stadt jetzt für ein Viertel an den Netzen zu viel bezahlt haben, wird eben ein neuer wirtschaftlicher Preis verhandelt. Das ist das Recht eines Netzkäufers, wenn Netzkonzessionen neu vergeben werden. Jetzt machen nur Vattenfall und E.on ordentlich Gewinne mit den Netzen, aber viele Städte stützen ihre Stadtkassen mit dem kommunalen Netzbetrieb. Das können wir in Hamburg auch. Nicht umsonst gelten Energieverteilnetze bei Finanzberatern als eine der sichersten Geldanlagen überhaupt.

Stimmen Sie deshalb am 22. September mit Ja für den Volksentscheid UNSER HAMBURG – UNSER NETZ.

**Wiebke Hansen**

ist Kampagnenleiterin Unser Hamburg – Unser Netz  
Mehr Infos unter: [www.unser-netz-hamburg.de](http://www.unser-netz-hamburg.de)

# Neupack Streik: Sozialer (Un)frieden

Streitgespräch mit Kersten Artus und Christin Bernhold zum Thema „Solidarität mit den streikenden Beschäftigten von Neupack“.



Am 1. November 2012 begann der Streik beim Verpackungshersteller Neupack mit dem Ziel, einen Tarifvertrag für alle Beschäftigten durchzusetzen. Zum Zeitpunkt des folgenden Streitgespräches währte er bereits fast ein halbes Jahr, da die Eigentümerfamilie Krüger von Beginn an auf Eskalation setzte und unter anderem polnische Leiharbeiter als Streikbrecher einsetzte. Als die IG BCE den Streik Ende Januar aussetzte, um ihn in ei-

**Debatte:** Es geht um das Thema Streik und Solidarität mit den Kolleginnen und Kollegen von Neupack. Es hat dazu eine Auseinandersetzung in der Partei gegeben, und wir wollen mal versuchen, ob es möglich ist, kritisch, aber auch solidarisch, Dissense dazu zu diskutieren. Meine erste Frage geht an Kersten, mit der Bitte, kurz zu erklären, wie es überhaupt zu dieser Presseerklärung der Bürgerschaftsfraktionen LINKE, SPD und Grüne gekommen ist, über die in der LINKEN Hamburg gestritten wird.

**Kersten:** Ich muss trotzdem voranstellen, dass ich vor allem Konsens feststelle und nicht Dissens. Ich glaube, dass vieles auf Kommunikationsprobleme hindeutet. Die gemeinsame Presseerklärung der Fraktionen ist zustande gekommen, nachdem es mehrere Aktivitäten von Abgeordneten gegeben hat, sich zu dem Streik solidarisch zu erklären. Wir haben es unter den Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern der Bürgerschaft aber als erforderlich angesehen, dass noch mehr nötig ist, über die „üblichen Verdächtigen“ hinaus.

**Debatte:** Es ging wohl insbesondere um einen Passus dieser Erklärung. Da heißt es: „Das Tarifrecht als Ausgestaltung der Tarifautonomie (Art. 9.3 GG) ist in Deutschland ein wesentlicher Stabilisierungsfaktor für die Ordnung auf dem Arbeitsmarkt und hat damit eine wichtige Bedeutung für den sozialen Frieden.“ Das war wohl die Formulierung, an der ihr Anstoß genommen habt, Christin?

**Christin:** Vielleicht vorab: Ich glaube, dass es sich nicht nur um Kommunikationsprobleme handelt, sondern dass ein Streit anhand der Frage ausgebrochen ist, wie die Solidarität mit den Streikenden politisch umgesetzt wird. Wir haben an der Presseerklärung kritisiert, dass in ihr der positive Bezug auf den „sozialen Frieden“ enthalten war. Sowohl Kersten als auch die Fraktion haben zwar teilweise eine sozialpartnerschaftliche Herangehensweise an diesen Streik kritisiert, aber wir sind der Meinung, dass durch den positiven Bezug auf den „sozialen Frieden“ genau dieser Politik auf politischer Ebene das Wort geredet wird. Wir meinen, dass das eine verpasste Möglichkeit ist, aufzuzeigen, was die Linkspartei von bürgerlichen Parteien unterscheidet. Unseres Erachtens wäre es richtig, statt auf so gravierende inhaltlich-politische Kosten eine gemeinsame Presseerklärung herauszugeben, wirklich auf die Alleinstellungsmerkmale der LINKEN hinzuweisen. Natürlich muss man, wenn man Bündnisse haben will, Kompromisse machen. Aber ein Kompromiss wird aus unserer Sicht dann falsch, erstens wenn nur einer der Bündnispartner für diese Kompromisse Abstriche machen muss, und zweitens, wenn man anfängt, durch diese Kompromisse auch seiner eignen Programmatik zu widersprechen. Wir sind der Ansicht, dass ein positiver Bezug auf den „sozialen Frieden“ der Programmatik der Linkspartei widerspricht.

**Debatte:** Kurze Frage: Dieser Passus mit dem „sozialen Frieden“. Ist der explizit von SPD und Grünen eingebracht worden, quasi

als Bedingung für diese Erklärung?

**Kersten:** Also ich finde den Konflikt um diesen Satz zu dick aufgetragen. Das geht an dem, was Absicht der gemeinsamen Presseerklärung war und was sie bewirkt hat, völlig vorbei. Ich halte das für unnötige Selbstbeschäftigung. Ich habe auch überhaupt nicht verstanden, dass sie gegen die Programmatik der LINKEN verstößt. Die Frage „Wie ist das denn genau zustande gekommen und wer hat denn auf diesem Satz bestanden“, ist mir viel zu insistorisch. Deswegen möchte ich das mal anders aufzäumen: Es hat vor dem Parteitag der Hamburger LINKEN am 1. Dezember 2012 eine sehr gute Zusammenarbeit für eine gemeinsame Erklärung zu Neupack zwischen SOLID und der AG Betrieb und Gewerkschaft gegeben. Die wurde als Resolution auf dem Parteitag verabschiedet. Umso mehr hab' ich mich dann gewundert, dass dann plötzlich dieser „Offene Brief“ reinschneit. Ich habe bis heute nicht verstanden, warum man nicht das direkte Gespräch sucht ...

**Christin:** der war nicht offen, der war parteiintern...

**Kersten:** Und dass dieser „parteiintern Offene Brief“ einen Vorwurf macht, den man auch per Anruf, per Mail sofort hätte klären können. Ein „parteiintern Offener Brief“ signalisiert eine Selbstdarstellung und nicht, dass man eine Antwort möchte. Wichtig ist doch wohl jetzt, wie man den Satz deutet. Er ist kein Bekenntnis, sondern eine Tatsachenbehauptung, wie die bürgerliche Gesellschaft, das kapitalistische System die Tarifpolitik versteht. Das ist auch allgemein anerkannt. Selbstverständlich stellen Tarifverträge einen sozialen Frieden her. So. Die Auseinandersetzungen um einen Tarifvertrag sind erheblich durch sozialen Unfrieden hervorgerufen und der Streik an sich ist erheblicher sozialer Unfrieden, was auch richtig und notwendig ist. Alles andere ist überinterpretiert.

**Christin:** Zu dem Brief: Uns ging es darum, diese Diskussion aufs politische Tableau der Partei zu bringen, weil sie eben nicht nur im Hinterzimmer diskutiert werden soll. Wir haben viele positive, natürlich auch negative Rückmeldungen bekommen. Viele haben eingesehen: OK, da gibt es einen politischen Dissens in der Partei und den müssen wir diskutieren. In der Geschichte der Linken sind Briefe schon immer ein Mittel gewesen, um solche Punkte auch anzusprechen. Wir haben aber z.B. auch angeregt, das Thema auf einem Landesparteitag zu debattieren. Zum inhaltlichen Dissens: Es geht hier nicht um ein Missverständnis. Für die SPD und die Grünen ist besagter Satz sicher nicht nur eine Tatsachenbehauptung, sondern ein Bekenntnis. Die Politik, die diese beiden Parteien machen, ist die Politik des sozialen Friedens. Man hätte so einen Satz ja auch einfach weglassen können, aber das ist eben nicht passiert. Und diesen Satz zu erklären widerspricht meines Erachtens den zentralen Anliegen der Linkspartei, wie sie sie formuliert hat in ihrer Programmatik. Unsere Aufgabe ist es, Kämpfe auszuweiten, dafür zu sorgen, dass Streiks zunehmen. Natürlich wollen wir Tarifverträge haben, damit sich die

*Weiter auf den Seiten 14 und 15*



nen „flexiblen Arbeitskampf“ überzuleiten, verfasste Die Linke zusammen mit SPD und GAL eine Erklärung als „offenen Brief“ an die Inhaber mit der Aufforderung, „ein Fenster für einen Neubeginn der Gespräche (zu) öffnen“. Dies stieß in einigen Teilen der Partei auf Kritik, da der „soziale Frieden“ weder eine korrekte Zustandsbeschreibung, noch das gesellschaftliche Ziel der Partei Die Linke sei.

Arbeits- und Lebensverhältnisse der arbeitenden Bevölkerung verbessern, aber auch, damit die Kampfbedingungen verbessert werden, und es wäre die Aufgabe, genau das auch in Pressemitteilungen zu sagen. Wir müssen Unterstützungsarbeit für Streiks wie bei Neupack leisten und wir müssen falsche politische Aussagen, die das Gegenteil der Ausweitung von Kämpfen bewirken, kritisieren. Der „soziale Frieden“ ist ein wirksames Instrument, um die Arbeiterklasse lahmzulegen und von Kämpfen abzuhalten. Man hätte so einen Satz ja auch weglassen können, dann wäre diese Erklärung ja auch nicht so schlimm gewesen.. Auf das Boot des sozialen Friedens sollten wir durch solche Äußerungen nicht aufspringen, sondern genau das Gegenteil tun. Und wenn das mit der SPD nicht anders geht, soll man die SPD dafür kritisieren.

**Debatte:** Die Bürgerschaftsfraktion der LINKEN hat auf den Offenen Brief reagiert. Sie hat den UnterzeichnerInnen geantwortet. Worauf kam es Euch denn dabei an?

**Kersten:** Wir haben in unserem Antwortbrief geschrieben, dass wir jederzeit zu einem Gespräch bereit sind, und dann kommt schon wieder ein Brief. Das zu der Gesprächsbereitschaft. Es ist mir egal, was üblich sein soll. Wir suchen das Gespräch miteinander. Das ist einfacher und schneller und vielleicht hätten wir eine gemeinsame Veranstaltung überlegen können. Es hat da ja in Eimsbüttel eine gute Veranstaltung gegeben. Da waren wir beide auch anwesend, wir haben sehr detailliert über den Streik gesprochen. Aber jetzt hast du gerade gesagt, dass die Erklärung nicht so schlimm gewesen wäre, wenn der Satz raus gewesen wäre. Das impliziert, sie wäre dann immer noch schlimm gewesen. Da muss ich mich wirklich von distanzieren. Wir wollten erreichen, breitere Kreise zu gewinnen. Die gemeinsame Erklärung kam, bevor die IG BCE auf den sogenannten Flexi-Streik umschwenkte. Deswegen war ich froh, dass es das zweite Mal nach dem Streik bei PFLEGEN & WOHNEN gelungen ist, Grüne, SPD und uns zu einer gemeinsamen Erklärung zu bekommen, die außerhalb der rein originären parlamentarischen Aufgaben liegt. Das ist ein Erfolg. Da sind einzelne Absätze und Worte zweitrangig, wenn es darum geht, eine Belegschaft, die ja auch nicht nur LINKE wählt, zu unterstützen. Es ist für sie eine unglaubliche Würdigung gewesen. Ich weiß aus drei Jahrzehnten Arbeitskämpferfahrungen, wie wichtig die Wertigkeit und Würdigung in so einem Moment ist, weil sie dazu beiträgt, Kampfstärke und Kampfeswille zu stärken. Die Streikenden führen den Streik, bzw. die Gewerkschaft mit den Leuten. Wir alle stehen drum herum und zeigen Solidarität. An dieser Stelle möchte ich auch sagen, dass SOLID da eine gute Arbeit vor Ort macht. Ich hatte den Eindruck, dass ihr euch nicht genügend gewürdigt fühlt. Ich finde es toll, wie ihr den Leuten beiseite steht. Das tut auch der gesamten Partei sehr gut. Von uns als Fraktion kam dann noch als konkreter Beitrag der Streikantrag, der sich jetzt auch bundesweit auswirken wird; ich hoffe übrigens auch auf unser Wahlprogramm. In die wahlpolitische Erklärung ist er ja schon reingekommen.

Ich will sagen: Wir haben unterschiedliche Aufgaben wahrgenommen und waren beide darin nicht schlecht.

**Christin:** Ich denke, dass man sehr wohl dazu in der Lage sein kann, ein gemeinsames Ziel vor Augen nicht zu verlieren und trotzdem wirklich wichtige politische Dissense auszutragen. Es geht hier doch um eine Auseinandersetzung, die für die Frage, wie man sich wirksam mit den Streikenden solidarisiert, wichtig ist. Du hast eben mehrfach gesagt, dass breite Kreise zur Unterstützung gewonnen werden müssen und dass die gemeinsame Pressemitteilung ein strategischer Erfolg war. Es ist uns in dem Briefwechsel vorgeworfen worden, dass wir eine Erweiterung der Unterstützung nicht wollten. Das ist falsch. Es gibt einen Dissens darüber, wie man breite Unterstützung aufbaut und in welcher Form, durch wen man breite Unterstützung gewinnen will. Ich denke, dass dieser strategische Erfolg, die Grünen und die SPD unter eine Presseerklärung mit einer falschen inhaltlichen Ausrichtung zu bringen, so riesig nicht war. Man hat inhaltlich dem „sozialen Frieden“ das Wort geredet. Dann: Eine solidarische Haltung wirkt nicht durch eine bloße Erklärung, wenn SPD oder Grüne irgendwas sagen. Solidarität wird für den Empfänger erst dann fruchtbar und wichtig, wenn sie auch durch eine politische Handlung, durch politische Praxis begleitet wird. Das macht die SPD aber nicht, das machen die Grünen auch nicht. Die ziehen nicht morgens vor die Werktoore, die kommen nicht zum Streikzelt. Johannes Kahrs war einmal da und hat einmal 'ne Kaffeefahrt nach Berlin organisiert. Das war aber nichts, was das Anliegen der Streikenden, nämlich so einen ökonomischen Druck auf die Krügers auszuüben, dass sie ihre Forderungen durchsetzen können, unterstützen würde. Von daher kann man auch noch fünf, zehn bis hundert solcher Erklärungen schreiben. Die Krügers wird das einfach schlicht nicht interessieren, weil die keinen Wert darauf legen – es sei denn, sie werden ökonomisch unter Druck gesetzt.

**Kersten:** Die Krügers sind mir egal. Ich habe in meinem Leben mit genug Kapitalisten zu tun, ich kann die nicht überzeugen. Das ist auch nicht Ziel der gemeinsamen Erklärung gewesen. Dass auch Leute bei Neupack sie kritisch fanden, weiß ich nicht, das müssten sie mir sagen. Ich erlebe diese Belegschaft als uns sehr zugewandt. Als dann das Streikinfo der IG BCE herauskam, wo ein Foto der Bürgerschaft abgebildet war, hatte das eine wichtige Wirkung. Ich habe zum Beispiel auch die Nachbarschaft im Kopf. Aber auch eine Bezirksversammlung. Und „Lieschen Müller“ oder „Lutz Meier“, die das lesen und sich sagen, vielleicht gehe ich da auch mal hin. Es geht also um die Frage, wie organisieren wir noch mehr breitere Solidarität. Christin, es ist richtig mit Johannes Kahrs, das haben die Streikenden ganz schnell mitgekriegt. Mehr ist dann ja auch nicht gekommen. Wir waren als Fraktion oft präsent, mal mit einem Adventskranz, mal mit Briketts oder Ostereiern. Was ich als einen Wendepunkt der Solidarität empfunden habe, war die Veranstaltung im Gewerkschaftshaus mit den Arbeitsrechtlern Christian Schoof und Benedikt Hopmann. Dort wurden die Grenzen, die das Streikrecht heute noch hat, dargelegt. Mir wurde klar: Wir schieben jetzt noch dieses

„Deswegen war ich froh, dass es das zweite Mal nach dem Streik bei PFLEGEN & WOHNEN gelungen ist, Grüne, SPD und uns zu einer gemeinsamen Erklärung zu bekommen, die außerhalb der rein originären parlamentarischen Aufgaben liegt. Das ist ein Erfolg.“



**Kersten Artus**

„... ein Kompromiss wird aus unserer Sicht dann falsch, erstens wenn nur einer der Bündnispartner für diese Kompromisse Abstriche machen muss, und zweitens, wenn man anfängt, durch diese Kompromisse auch seiner eignen Programmatik zu widersprechen.“



**Christin Bernhold**

klassische parlamentarische Instrument, den Antrag, hinterher. Ich hätte nicht gedacht, dass die SPD ihn überhaupt in Teilen annehmen würde. Er war ein wichtiger Schritt, um ein Signal über Hamburg hinaus zu setzen.

**Debatte:** Damit wir dann auch zum Abschluss kommen. Wir sind uns, glaube ich, einig: Die Sozialdemokraten machen nichts, wenn sie nicht den Eindruck haben, es machen zu müssen, wenn öffentlicher Druck sie dazu bewegt. Das habe ich auch in Eimsbüttel so erfahren. Aber vielleicht kommen wir so zu einem Abschluss. Ich darf noch mal darauf hinweisen, dass sich Murat Günes, SOLID und Du zu einem Gespräch zusammengefunden haben. Und das ist doch die Idealform, wie man eine solche Solidarität praktisch angeht. War das nicht tatsächlich die richtige Schlussfolgerung aus diesem Streit um Passagen aus der Erklärung?

**Christin:** Ja, natürlich, aber man redet doch miteinander oder schreibt sich, wie auch immer man kommuniziert, um bestimmte Streitpunkte, die es miteinander gibt, auszutragen. Nur so kann geguckt werden, wie man Politik beim nächsten Mal besser machen kann. Aber ich möchte trotzdem noch mal ganz kurz auf die Sachen eingehen, die Kersten gesagt hat. Gut, dass du noch mal auf den Flexi-Streik und den Zeitpunkt gesteuert hast, zu dem die Gewerkschaft diese „Flexi-Verarschung“ begonnen hat. Dieser Zeitpunkt ist ein weiterer Grund für unsere Kritik: Der Flexi-Streik fängt an, die IG BCE verstärkt die Politik der Anbieterei und dann kommt eine Erklärung, mit dem besagten Passus. Während die IG BCE noch mehr massiv auf Sozialpartnerschaft setzt, zum gleichen Zeitpunkt, zu dem Krüger massiv mit allen Methoden weiter Klassenkampf betreibt, gibt der „soziale Frieden“ den Streikenden sicher keinen Aufwind. **Kersten:** Den Zusammenhang gab es nicht so konkret. **Christin:** Du hast diesen Zeitpunkt ja gerade ins Spiel gebracht. Darum wollte ich es nur noch mal sagen, dass gerade wegen dieses Zeitpunktes die politische Formulierung mit dem „sozialen Frieden“ umso kritikwürdiger ist. Ich glaube, dass es zu diesem Zeitpunkt viel wichtiger gewesen wäre, diese Strategie der IG BCE öffentlich zu kritisieren und die Streikenden in ihrem Anliegen zu bestärken, den Streik selber besser zu führen. Ein Beispiel ist auch das Thema Streikrecht. Natürlich ist es richtig, hier politische Initiativen zu starten. Neupack ist ja ein gutes Beispiel dafür, wie so eine Aushebelung des Streikrechts funktioniert, um den Streikenden Knüppel zwischen die Beine zu schmeißen.

Aber dieser Streik war nicht ungewinnbar. Man darf dabei nicht vergessen, dass auch die IG BCE dem Streik massiv Wind aus den Segeln genommen und einem erfolgreichen Streik entgegen gehandelt hat. Ich fand es auch falsch, dass ihr in einer Pressemitteilung zum Streikrecht den Streik für beendet erklärt, also verbal zu Grabe getragen habt, der nicht zu Ende war. Ihr habt schon davon gesprochen, dass die Forderungen der Streikenden gescheitert sind und die Tarifverhandlungen nicht zustande kommen. Man hat aber als linke Partei die Aufgabe, die Streikenden auf IHREM Weg zu unterstützen – es hat schließlich z.B. von Murat Günes diverse Ideen für eine bessere Streiktaktik gegeben. **Kersten:** ... das ist aber destruktiv, Christin ... Wir haben den Streik zu Grabe getragen? Ihr seid vielleicht traurig, wenn der Streik zu Ende ist, ich bin froh, wenn der zu Ende ist und die Leute ihren Tarifvertrag haben. Ich habe ein Zitat von dir in der Tageszeitung *Junge Welt* gelesen: „Lieber für einen Tarifvertrag streiten, als der Willkür des Arbeitgebers wieder ausgesetzt zu sein“. Diesen Satz habe ich zum Beispiel überhaupt nicht verstanden.

**Christin:** Das ist es ja: Die IG BCE kämpft nicht mehr für einen Tarifvertrag. Murat hat häufig die Willkür Krügers zum Ausdruck gebracht, durch die zum Beispiel Nasenprämien vergeben worden sind usw. Das geht nun weiter. Natürlich wären solche Sachen in gewisser Weise durch einen Haustarifvertrag in ihrer Dramatik aufgehoben, wenn so ein Vertrag gut ausgehandelt ist.

**Debatte:** Natürlich können wir jetzt hier auch nicht alle Schlussfolgerungen diskutieren, die für uns als Partei in diesem Zusammenhang von Bedeutung sind. Da gibt es viele Möglichkeiten, die Dissenspunkte, die da noch sind, aufzuarbeiten. Aber ich glaube auch, das Gespräch hat ergeben, dass wir es nicht nur mit Dissenspunkten zu tun haben, sondern wir sind alle mit der Solidarität mit den Kolleginnen und Kollegen bei Neupack beschäftigt. Das kann man wirklich sagen. Ich glaube, keine andere Partei in Hamburg hat sich so engagiert, so reingehängt in diese Solidarität, und das müssen wir den Leuten natürlich auch sagen. Die Beschäftigten von Neupack wissen das, Murat Günes ist in die Partei DIE LINKE eingetreten. Das kommt alles nicht von ungefähr. Insofern: Bei allem Streit – viel Solidarität, auch untereinander. **Ich danke Euch für das Gespräch!**

**Das Gespräch wurde moderiert von Hartmut Obens, Redakteur dieser Zeitung**



## Es kann nur einen geben ...

**Bürgermeister Scholz verliert die Bodenhaftung.  
Die Kluft zwischen Anspruch und Wirklichkeit wächst.**

**O**laf Scholz hat mit der Hamburger SPD im Frühjahr 2011 die absolute Mehrheit der Sitze in der Bürgerschaft erobert. Der Widerspruch damals wie heute: Im Bund dümpelt die Sozialdemokratie deutlich unter 30 Prozent in der Wählerzustimmung, während in Hamburg fast die Mehrheit der WählerInnen sich hinter die SPD-Politik stellt. Bürgermeister Scholz sieht mehrere Gründe für die große Zustimmung: Die Stadt wurde von der schwarz-grünen Koalition schlecht regiert. Die wichtigste Botschaft von Scholz war und ist daher: Hamburg soll wieder gut regiert werden. Deshalb will die SPD nur Konzepte verfolgen, die auch funktionieren. Der Senat der Hansestadt will mit Klarheit, Vernunft und Verantwortung agieren.

Die SPD setzt auf Urbanität: In Hamburg soll die kreative und innovative Seite des Stadtlebens gestärkt werden. Städte und die Zahl ihrer Einwohner können so wachsen, dass Wohlstand, Lebensqualität, Wirtschaftskraft, Kultur und Wissenschaft davon profitieren. Denn in den großen Städten entstehen aus Mut und Intelligenz neue Unternehmen und neue Jobs. Bürgerinnen und Bürger wollen in der Stadt leben, weil sie hier Lebensperspektive und -qualität erhoffen und finden.

Aber der Fortschritt kommt nicht von selbst. Es reicht nicht aus, die „wachsende Stadt“ als Leitbild zu beschreiben, ohne daraus Konsequenzen für die Stadtplanung zu ziehen. Es gab und gibt einen erheblichen Stau bei der Sanierung von Gebäuden und Infrastruktur in Hamburg – angefangen von den Strassen, Brücken, Eisenbahnwegen, aber auch Schulen, Universitäten und Kulturbauten. Und es gibt vor allem zu wenig Wohnungen. Der Mangel an bezahlbarem, preiswerten Wohnraum wird mehr und mehr zum Hindernis für die ökonomische Entwicklung. Die SPD hatte versprochen: Wir werden den Wohnungsbau, auch den sozialen Wohnungsbau, massiv forcieren. Alle BürgerInnen sollen bezahlbare Wohnungen bekommen. Zur dringend verbesserungswürdigen Gegenwart gehört, dass schon heute 100.000 (vor allem bezahlbare)

Wohnungen für die knapp 1,8 Millionen BürgerInnen der Stadt fehlen. Wird hier nicht gegengesteuert, setzt sich der Prozess der Gentrifizierung, d.h. der Vertreibung von BewohnerInnen aus ihren Stammquartieren, und damit der sozialen Spaltung, ungebremsst fort. Zur Mitte der Wahlperiode steht fest: Die Sozialdemokratie zögert, den möglichen Ausbau des sozialen Mietrechts umzusetzen und wirksame Bremsen oder Blockaden gegen die Mietpreiserhöhungen einzuführen. Die Baugenehmigungen steigen, aber vor allem für die höheren Preissegmente. Bezahlbarer Wohnraum ist so rar wie zu Zeiten der schwarz-grünen „wachsenden Stadt“.

Die Herausforderungen einer wachsenden Stadt sind immens. „Zwei Millionen Einwohner bedeutete, dass aus den derzeit rund 900.000 sozialversicherten Arbeitsplätzen mindestens eine Million werden müssten“, rechnet Bürgermeister Scholz vor. Zu den ebenfalls rund 900.000 Wohnungen müssten noch einmal 100.000 dazu gebaut werden. In 120 neuen Kindergärten würden 2.000 zusätzliche Erzieherinnen 12.000 Kinder betreuen. Um 19.000 Schüler zu unterrichten, müssten 800 Lehrer neu eingestellt und 38 Schulen zusätzlich gebaut werden. Erwartet werden auch 10.000 zusätzliche Studierende.

Was ist der Grund für die wachsende Kluft zwischen Anspruch und Wirklichkeit? Die Sozialdemokratie hat politische Projekte übernommen, die viel Geld schlucken und deren Gebrauchswert fragwürdig ist: Elbphilharmonie, HafenCity und die HSH Nordbank. Hinzu kommt, dass die anhaltende Schifffahrtskrise öffentliche Unternehmen wie HHLA und Hapag-Lloyd massiv trifft. Die Finanzausstattung der Stadt ist weiterhin klamm und die Sozialdemokratie will ihr politisches Meisterstück im Einhalten der Schuldenbremse abliefern.

Der SPD-Senat beschneidet unter dem Diktat der „Schuldenbremse“ öffentliche Dienstleistungen und dünnt das Personal im öffentlichen Dienst aus. Unter dem



Verdikt der unbedingten Erreichung eines ausgeglichenen Haushalts, das die Priorität nicht bei Einnahmeverbesserungen, sondern in Ausgabenkürzungen sieht, kommt es zu einer schleichenden Verwüstung in der sozialen und öffentlichen Infrastruktur.

Noch profitiert der SPD-Senat von der relativ guten Wirtschaftslage, der stabilen Arbeitsmarktsituation und den wachsenden Steuereinnahmen der vergangenen beiden Jahre. Unter diesen Bedingungen waren auch die Wirkungen der vom Senat verfolgten, und unter dem Druck der „Schuldenbremse noch verschärften Haushaltskonsolidierungspolitik begrenzt. Es war absehbar, dass diese Methode der sanften oder schleichenden Haushaltskonsolidierung, die auf brachiale Eingriffe in die Ausgabenstruktur verzichtet und stattdessen über die Jahre verteilt in den verschiedenen Ausgabenbereichen moderat erscheinende Ausgabenreduktionen vornimmt, sehr schnell an ihre Grenzen stößt – insbesondere dann, wenn die gute Konjunktur der letzten Jahre und damit sprudelnde Steuereinnahmen ein Ende finden.

Die Verengung des Handlungsspielraums zeigt sich bei den Rückwirkungen der Tarifsteigerungen auf den Hamburger Haushalt. Die Gewerkschaften hatten für die Angestellten in den Länderbehörden ein Lohnplus von 2,65 Prozent für dieses und 2,95 Prozent für das Jahr 2014 ausgehandelt. Hamburg wird diesen Abschluss in gleicher Höhe für die Beamten übernehmen. Das hat Bürgermeister Scholz den Gewerkschaften zugesichert, im Unterschied zu anderen Bundesländern. In diesem Jahr wird der Tarifabschluss für die rund 68.000 Beschäftigten der Stadt rund 140 Millionen Euro, im kommenden Jahr noch einmal 156 Millionen Euro kosten – zusammen also fast 300 Millionen Euro.

Das Dilemma: Finanzsenator hat nur Tarifsteigerungen von 1,5 Prozent in seine Haushaltsplanung für 2013/2014 eingestellt. Die Lücke allein 2013 beträgt damit rund 45 Millionen Euro, im kommenden Jahr

werden es beinahe 104 Millionen Euro sein. Die SPD hatte angekündigt: „Wenn die Tarifsteigerung im öffentlichen Dienst 1,5 Prozent übersteigt, müssen wir zur Not mehr als 250 Stellen pro Jahr streichen.“

Der Senat „ist bei seinem Beschluss über den Haushaltsplan-Entwurf 2013/ 2014 davon ausgegangen, dass im Haushaltsvollzug auftretende Mehrbedarfe der Behörden grundsätzlich im Rahmen der Bewirtschaftung aufgefangen werden. Dies bezieht sich auch auf Mehrbedarfe, die sich aus Tarif- und Besoldungsanpassungen ergeben.“ Die Behörden müssten also selbst zusehen, wie sie mit dem zugewiesenen Geld auskommen. Dies kann nicht ohne weiteren Personalabbau vor sich gehen. In vielen „Amtsstuben“ vor allem auf Bezirksebene ist die Personaldecke aber schon so stark ausgedünnt, dass (aufwachsende) Dienstleistungen mindestens nicht mehr in der gewünschten Qualität erbracht werden können.

Entweder gibt der SPD-Senat deshalb die selbstgesetzte Grenze von 0,88 Prozent jährlichen Aufgabensteigerung auf und sichert das ab durch entsprechende Einnahmeverbesserungen (Steuerprüfungen, Initiativen für Steuererhöhungen auf Bundesebene), oder aber die Politik der Haushaltskonsolidierung schlägt in eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen um. Ein Opfer dieser Politik steht jetzt schon fest: Das sind die Beschäftigten der Zuwendungsempfänger (Träger, Organisationen und Vereine). Die Zuwendungsempfänger würden, heißt es lakonisch, 2013/2014 auf dem bisherigen Niveau gefördert. Dies schliesse aber ein, „dass rein rechnerisch keine Preis- und Tarifsteigerungen weitergegeben werden können“.

Die Logik der SPD: mit Verweis auf die knappen Kassen den Beschäftigten eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen aufbürden. Bislang hat sich das versprochene „gute Regieren“ eben nicht durch Offenheit, breite Beteiligung und gerechte Lastenverteilung ausgezeichnet. Gleichwohl ist es keineswegs so, dass die Politik des SPD-Senats nicht ausreichend Angriffsflächen für die politische Opposition geboten hätte. Von der Hafenvirtschaft, über die Hafencity mit ihrem „Leuchtturm“ Elbphilharmonie, die Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik bis hin zur Behebung des Sanierungsstaus in der öffentlichen Infrastruktur gibt sich die herrschende Sozialdemokratie reichliche Blößen, die politisch aufgegriffen werden könnten. Dies ist offensichtlich bisher weder dem bürgerlichen Lager noch der linken Opposition überzeugend gelungen.

DIE LINKE sollte sich fragen, weshalb es ihr nicht gelungen ist, die vielen Widersprüche und Halbherzigkeiten sozialdemokratischer Politik etwa in Sachen sozialer Gerechtigkeit (integrierte Stadtteilentwicklung), der Arbeitsmarkt-, der Infrastruktur- oder der Wohnungspolitik sichtbar zu machen und durchschlagende politische Alternativen zu entwickeln.

**Joachim Bischoff**  
ist Mitherausgeber der Zeitschrift *Sozialismus*

# TUNNEN S WAS S W H H A M

Was ist der beste Weg, innerhalb des kapitalistischen Systems die Lohnabhängigen mit bezahlbarem Wohnraum

In der letzten Ausgabe der „Debatte“ will uns Bernd Belina die politische Ökonomie des gegenwärtigen Mietwahnsinns erklären. Er zeigt Zusammenhänge zwischen der Mietpreisentwicklung und dem Warencharakter der Wohnung auf. Kapitalbesitzer investieren auf dem Wohnungsmarkt nicht, um den Bedarf an Wohnungen zu befriedigen, sondern um Profit zu machen, möglichst hohen Profit.

Auch zum Zusammenhang von Mietpreisexplosion und Wirtschaftskrise äußert er sich. Die Überakkumulation hat Kapital, das in Industrie und Handel nicht wieder angelegt werden kann, in die Spekulation gedrängt, auch in die Immobilienspekulation. Welcher Zusammenhang mit der Mietpreisentwicklung besteht, wird aus Belinas Darlegungen allerdings nicht klar. Ein starker Kapitalzufluss müsste eigentlich zu einem größeren Angebot und damit zu sinkenden Preise führen.

Völlig unklar bleibt die politische Orientierung, die Belina nach dieser, wie ich finde, oberflächlichen Analyse den Vertretern linker Politik empfiehlt. Sie sollen sich jedenfalls nicht auf Friedrich Engels einlassen, den er so zitiert: „Solange die kapitalistische Produktionsweise besteht, solange ist es eine Torheit, die Wohnungsfrage ... einzeln lösen zu wollen. Die Lö-

sung liegt aber in der Abschaffung der kapitalistischen Produktionsweise.“ Es ist ganz sicher abwegig, Engels zu unterstellen, er würde den Arbeitern empfehlen, statt für bessere Arbeits- und Lebensbedingungen auch unter kapitalistischen Verhältnissen zu kämpfen, auf die Revolution zu warten. Der Kampf um eine angemessene Wohnung muss gerade von den lohnabhängig Beschäftigten allerdings immer wieder aufs Neue geführt werden. Denn endgültig wird die Wohnungsfrage erst gelöst sein, wenn die Warenproduktion und die Profitwirtschaft überwunden sind.

Weil aber die Investoren, wie es im Kapitalismus üblich ist, nur am Profit interessiert sind, meint Belina: „Gegen den kapitalistischen Mietwahnsinn, gegen Gentrification und Wohnungsnot helfen innerhalb kapitalistischer Verhältnisse nur staatliche bzw. kommunale Eingriffe in den Wohnimmobilienmarkt, die MieterInnen mit durchschnittlichem und unterdurchschnittlichem Einkommen zu Gute kommen.“ Das ist eine klare Fehlorientierung. Gerade weil der Wohnungseigentümer nur seiner Rolle im kapitalistischen System folgt, muss er die erste Adresse von Gegenwehr sein. Wo er Instandhaltung vernachlässigt, Wohnungsmangel durch Leerstand und Zweckentfremdung verschärft und alteingesessene Bevölkerung vertreiben will, muss Widerstand organisiert werden.



gen. Man muss sie dazu zwingen, zumindest für eine bestimmte Zeit die Interessenvertretung bestimmter Kapitalbesitzer zurückstellen, um den sozialen Frieden zu wahren. Dazu muss politischer Druck entwickelt werden.

Der beste Beitrag innerhalb des kapitalistischen Systems zur Versorgung der Mehrheit der Lohnabhängigen mit gutem und bezahlbarem Wohnraum ist der kommunale und genossenschaftliche Wohnungsbau. Hier muss kein Profit gemacht werden. Die Grundstücke könnten im staatlichen bzw. kommunalen Besitz bleiben und den Bauträgern – in Hamburg der SAGA/GWG und den zahlreichen Genossenschaften – zu einem moderaten Pachtzins überlassen werden. Damit würden zwei wesentliche Bestandteile der Mietkalkulation privater Wohnungsbesitzer ganz oder teilweise wegfallen.

Das hat es schon einmal gegeben. Nach dem ersten und nach dem zweiten Weltkrieg hatte die Bourgeoisie so viel Angst vor der Arbeiterklasse bzw. stand so sehr unter dem Konkurrenzdruck zur Sozialpolitik der DDR, dass sie individuelle Profitwünsche im Interesse der Systemstabilisierung zurückstellte. Denn Kapitalisten machen ihre Geschäfte lieber in aller Ruhe als im ständigen Konflikt.

Gänzlich in die Irre geht die Orientierung auf den Staat, wenn Belina ihn so undifferenziert als den angeblichen Vertreter des Gemeinwohls darstellt. Der Staat ist Teil des kapitalistischen Systems und zwar – wie Marx und Engels schon im Kommunistischen Manifest geschrieben – als „Ausschuß, der die gemeinschaftlichen Geschäfte der ganzen Bourgeoisie verwaltet.“ Seine Aufgabe ist es, dem Kapital Anlagemöglichkeiten bereitzustellen. Er verkauft den Investoren städtische Grundstücke und subventioniert die Profite durch Zinszuschüsse. Er verschafft den Wohnungseigentümern mit dem Mietenspiegel die angeblich „objektive“ Begründung für ihre Mieltreiberei. Er fördert die Wohnungsnot, indem er Wohnungsleerstände und Zweckentfremdung von Wohnungen „übersieht“. Schließlich zahlt er Menschen mit sehr geringem Einkommen Mietzuschüsse aus Steuereinnahmen, damit die privaten Wohnungseigentümer auch noch von ihnen die von der Spekulation hochgetriebenen Mieten eintreiben können.

Allerdings ist der Staat insofern ein wichtiger Adressat im Kampf gegen den Mietenwahnsinn, als er – zumindest im parlamentarischen System – in der kapitalistischen Phalanx der schwächste Punkt ist. Im Gegensatz zu den Kapitalbesitzern müssen sich Parlamentarier und Regierungsvertreter dem Volk zur Wahl stellen und wollen wiedergewählt werden. Sie muss man allerdings nicht von sinnvollen Maßnahmen im Interesse der Wohnungssuchenden überzeugen.

Mehr darüber, wie eine solche Strategie heute aussehen könnte, ist auf der Seite [www.dkp-hamburg.de](http://www.dkp-hamburg.de) zu finden.

**Olaf Harms** ist Mitglied der Linksfraktion in der Bezirksversammlung Hamburg-Mitte und Landesvorsitzender der DKP Hamburg

Anzeige

## Jetzt neu - Hintergründe zur Krise.

Mit umfangreichen Glossar.

**Broschüre bestellen bei:**

Büro Sabine Wils MdEP | DIE LINKE im Europaparlament  
Platz der Republik 1 | 11011 Berlin  
[norbert.mueller@sabine-wils.eu](mailto:norbert.mueller@sabine-wils.eu) | [www.sabine-wils.eu](http://www.sabine-wils.eu)



# B90

Die Grünen

# SPD

## Die Austauschbaren

Man darf sich vom sperrigen Namen CDU/CSU/SPD/FDP/DIE GRÜNEN und dem uneinheitlichen Erscheinungsbild nicht blenden lassen, es sind nur bewährte system-treue Abteilungen der bundesdeutschen Einheitspartei

CHRISTLICH  
DEMOKRATISCHE



# FDP

In diesem Bundestagswahlkampf wird in Deutschland eine Komödie aufgeführt. Das Stück heißt Lagerwahlkampf. Die Hauptdarsteller sind Angela Merkel und Peer Steinbrück. In den Nebenrollen sehen wir Horst Seehofer, Sigmar Gabriel, Philipp Rösler, Jürgen Trittin und einige Statisten. Für die LINKE ist eigentlich kein Auftritt vorgesehen. Dafür sollen der Verfassungsschutz, die Konzernmedien und die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten sorgen.

Deshalb zweifelt auch Heribert Prantl in der „Süddeutschen Zeitung“ daran, dass sich Sozialdemokraten und Unionsparteien unterschiedlichen Lagern zurechnen lassen. „Der Lagerwahlkampf ist ein Wahlkampf, den es eigentlich nicht mehr gibt.“ Was Heiner Geißler damit vor Jahren habe bezeichnen wollen, „existierte in der Tat. Es gab konträre Positionen in allen Grundfragen der Politik: Außen-, Wirtschafts-, Energie- und Ausländerpolitik (...). Die fundamentalen Unterschiede zwischen den Parteien (die LINKE ausgenommen) sind verschwunden.“

Wie in vielen Ländern haben wir heute in Deutschland ein Einparteiensystem. Das unsere hat vier Flügel: die CDU/CSU, SPD, FDP und die Grünen. Die tre-

ten mal mehr, mal weniger für die Interessen der Banken und Großkonzerne ein. Die Steuerpolitik der letzten Jahre und die vielen Rettungsschirme beweisen das. Diese Parteien bejahen eine Wirtschaftsordnung, in der eine Minderheit die Mehrheit für sich arbeiten lässt und in der diese Mehrheit einen immer geringeren Teil ihres Arbeitsergebnisses bekommt und nicht über die Verwendung ihres Arbeitsergebnisses insgesamt bestimmt. So werden Reichtum und Macht zunehmend ungleich verteilt. Im Gegensatz zur bundesdeutschen Einheitspartei sagt Die LINKE: Solange die Minderheit dadurch zu großen Vermögen kommt, dass sie die Arbeit der Mehrheit ausbeutet, kann die Mehrheit ihr Interesse nicht durchsetzen.

Man darf sich auch nicht blenden lassen von den rot-grünen Plagiaten: Mit großem Fleiß haben Sozialdemokraten und Grüne Politikvorschläge der LINKEN abgeschrieben und abgewandelt, um ihre Politik der Verarmung und Entrechtung vergessen zu machen: Entsprechend werden Ideen der LINKEN geklaut, dann aber verwässert. Das gilt für den Mindestlohn, die Rentenverbesserung, die Erhöhung des Hartz-IV-Satzes, die Praxisgebühr, die Studiengebühr, die Leiharbeit, die Werkverträge, den Spitzensteuersatz, die Vermögens-

steuer, die Abgeltungssteuer, die Finanztransaktionssteuer, die Mietbegrenzung, die Energiepreisbegrenzung, die Deckelung der Dispozinsen, die Euro-Bonds, den Lizenzentzug für Banken, die Steuerhinterziehung fördern, das Trennbanksystem, die Begrenzung der Managergehälter, die Gläubigerhaftung und den Schuldenchnitt, um nur einige Beispiele zu nennen. Aber vergessen wir nicht: Diese Parteien haben prekäre Arbeitsverhältnisse, Niedriglöhne, Altersarmut, Zerstörung der sozialen Sicherungssysteme durchgesetzt.

Dieser Ideenklau ist Täuschung. Tatsächlich verändern SPD und Grüne ebenso wie CDU/CSU und FDP nichts zum Guten. Sie bewähren sich als systemtreue Abteilungen der bundesdeutschen Einheitspartei. SPD und Grüne haben der Schuldenbremse im Grundgesetz zugestimmt, dem europäischen Fiskalpakt und den verschiedenen Rettungsschirmen. Das zeigt: Das „linke Lager“ von SPD und Grünen hat sich nicht von seiner Hartz-IV- und Agenda-2010-Politik gelöst. Der Fiskalpakt ist die Festschreibung dieser brutalen Kürzungspolitik für ganz Europa.

Die LINKE kann sich nur dann in Wahlkämpfen erfolgreich behaupten, wenn sie nicht zu einem weiteren Flügel der Einheitspartei wird. Sie unterscheidet sich von dieser Einheitspartei dadurch, dass sie eine Wirtschaftsordnung fordert, in der jedem der volle Ertrag seiner Arbeit zukommt. Das ist ihr Alleinstellungsmerkmal. Eine solche Wirtschaftsverfassung führt zu demokratischen Belegschaftsunternehmen und nicht zu autoritären Wirtschaftsstrukturen mit Leiharbeit, Werkverträgen, Niedriglöhnen und Minijobs. Sie führt zu einer friedlichen Außenpolitik, die sich Rohstoffe durch Handel und nicht durch Menschenrechtskriege sichert.

Deutlich wird so, warum SPD und Grüne seit Jahren das Angebot der LINKEN zur Zusammenarbeit schroff zurückweisen. Die Politiker der deutschen Einheitspartei wollen unter sich bleiben. Strukturreformen, die die ständig zunehmende ungleiche Verteilung von Wohlstand und Lebenschancen in Deutschland veränderten, lehnen sie ab. Die Wahlprogramme von SPD und Grünen, in denen Vorschläge der LINKEN ganz oder in abgeschwächter Form übernommen wurden, dienen nur der Verschleierung: Die Wählerinnen und Wähler sollen nicht erkennen, dass die Wahlprogramme gar nicht verwirklicht werden sollen. Wie sagte doch der einstige Großmeister sozialdemokratischer Wahlkampagnen, Franz Müntefering: Es ist unfair, die Parteien nach der Wahl an ihren Wahlversprechen zu messen.

*Eine längere Fassung dieses Beitrages ist am 21.3.2013 in der „jungen Welt“ unter dem Titel „Lagerwahlkampf. Wider CDU/CSU, SPD, FDP und Grüne – Die Linke kann sich nur behaupten, wenn sie nicht zu einem weiteren Flügel der deutschen Einheitspartei wird“ erschienen.*

**Oskar Lafontaine** ist Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE im saarländischen Landtag. Er war von 2007 bis 2010 Vorsitzender der Partei DIE LINKE

## Wiederholungstäter

**Leider sind Dosenpfand und Agenda 2010 nicht das einzige Erbe der ersten und bisher einzigen rot-grünen Bundesregierung. In der jüngeren deutschen Geschichte gibt es einen Angriffskrieg, den wir nicht vergessen dürfen.**

Nachdem im September 1998 das Traumduo des deutschen Kapitals, Gerhard Schröder und Joseph Fischer, an die Schalthebel der Macht kam, ging alles sehr schnell. Innerhalb von sechs Monaten haben sie geschafft, wozu die Kohlregierung all die Jahre nicht fähig war. Hatten noch Helmut Kohl und sein Verteidigungsminister Volker Rühe Hemmungen, den Vorgaben des deutschen Kapitals Folge zu leisten und Jugoslawien angreifen zu lassen, ließen sie sich nicht zweimal bitten. Dem Außenminister war kein Vergleich zu krass und dem Kriegsminister keine Lüge zu dreist.

Der grüne Außenminister hatte als Einstimmung gleich am Anfang seiner Amtszeit eine an alle Deutschen der „neuen Mitte“ (SPD Slogan) gerichtete Botschaft: Auschwitz mahnt uns zur besondern Verantwortung. Er verglich die Geschehnisse in der bosnischen Ortschaft Srebrenica, wo 1995 mehrere Tausend Zivilisten durch die Bosnisch-Serbische Armee getötet wurden, mit den Rampen von Auschwitz. So deutete er die Verbrechen des Dritten Reiches in die moralische Legitimation um, um sich für einen erneuten Krieg auf dem Balkan stark zu machen.

Der Sozialdemokrat Scharping lieferte vermeintlich die Fakten. Er bog sich, der Öffentlichkeit und dem Parlament den „Hufeisenplan“ zurecht. Von systematisch geplanten ethnischen Vertreibungen durch die jugoslawische Armee war die Rede. Die Stimmung wurde innerhalb von sechs Monaten angeheizt und die veröffentlichte Meinung verlangte Taten. Deutschland dürfe nicht nur Zuschauer sein, Deutschland müsse Verantwortung übernehmen. Schließlich gelte es, „da unten“ (FAZ) die „Menschenrechte“ (taz) zu verteidigen und eine „humanitäre Katastrophe“ (Bild) zu verhindern.

Was es zur selben Zeit hieß, genau diese Rechte in Deutschland einzufordern, wissen die Menschen, die vor Krieg und Vertreibung Schutz suchen mussten, am besten. Wochenweise Duldung, Arbeitsverbot, reduzierte Sozialleistungen, Lagerunterbringung, Residenzpflicht und Abschiebungen. Abschiebungen bei Nacht-und-Nebel-Aktionen, in Kriegs- und Krisengebiete, von Kranken und Schwangeren usw. In der Anwendung des repressiven Ausländer(un)rechts haben sich besonders die von SPD und SPD/Grünen regierten Länder hervor getan. Es steht zu befürchten, dass, sollte es eine Neuauflage der rot-grünen Koalition im Bund geben, diese eher willens und in der Lage ist, Angriffskriege zu führen.

**Zdravko Sisic** ist Mitglied im Landesvorstand der Partei DIE LINKE in Hamburg

**Der Syrienkrieg ist ein Stellvertreterkrieg, in dem viele Mächte ihre eigenen Interessen verfolgen.**

**W**ir dürfen aber eines nicht vergessen: Es begann im März 2011 mit einer Demonstration für die Freilassung verhafteter und gefolterter Kinder in einer syrischen Kleinstadt.

Innerhalb weniger Wochen entfalte sich eine Protestwelle, die dem arabischen Frühling in Ägypten und Tunesien nur oberflächlich ähnelte. Der Protest war weder von einer großen Mehrheit der Bevölkerung getragen, noch geriet das Regime wirklich in Bedrängnis. Noch bevor sich eine soziale und politische Bewegung entfalten konnte, fand die erste innersyrische Fragmentierung in verschiedene Lager statt, die unterschiedliche Ziele anstrebte und von außen befördert wurde.

Mittlerweile haben wir es mit einem internationalen Konflikt zu tun, an dem ganz vorne die Golfstaaten Katar und Saudi Arabien beteiligt sind, die Türkei, die USA, Israel und auch EU-Staaten wie Deutschland. Sie alle vertreten eigene Interessen und verfolgen unterschiedliche Ziele, deren Durchsetzung sie auch mit Waffen und Ausbildung für die Rebellen, mit Geld und Rückzugsgebieten oder dem Aufbau ei-

nes Folgeregimes etc. vorantreiben. Die beiden wichtigen Partner Assads, Russland und Iran, haben auf der anderen Seite die Regierung Assads unterstützt, auch mit Waffen.

In Syrien selbst kämpfen heute auch Bewaffnete aus aller Welt, Formationen wie al Qaida und Al Nusra, die dort einen Glaubenskrieg auf dem Rücken der syrischen Bevölkerung austragen, haben zunehmend an Macht gewonnen, nicht zuletzt, weil auch sie über viel Geld und Waffen verfügen. Einzig die auf demokratische und soziale Transformation zielende gewaltfreie Opposition bekommt keine Unterstützung.

Vorab gesagt: Es waren nicht die friedlichen DemonstrantInnen, die zuerst Assads Rücktritt forderten, sondern die Obamas und Westerwelles dieser Welt. Bei ihnen setzt sich jedoch langsam die Erkenntnis durch, dass der Versuch gescheitert ist, das syrische Regime mit Unterstützung von außen gewaltsam zur Implosion zu bringen. Ein von ihnen orchestrierter regime change ist nicht mehr zu haben, der Konflikt ist außer Kontrolle geraten, Syrien droht in konfessionell gespaltene Enklaven zu zerfallen und die gesamte Region in einen Flächenbrand zu stürzen..

Die schnelle Forderung nach einem Rücktritt Assads und die Beendigung der diplomatischen Beziehungen zur syrischen Regierung dürften gerade auch Obama und Westerwelle mittlerweile bereuen, da sie einer Aufgabe ihrer bisherigen Strategie im Weg steht. Dennoch wird eine friedliche, eine Verhandlungslösung zur Beendigung der Gewalt zumindest wieder in Betracht gezogen. Und nur eine Verhandlungslösung, die auf die Beendigung der Gewalt und einen inner-syrischen Friedensprozeß abzielt, kann das Blutvergießen beenden.

Allerdings müssen die ausländischen Akteure dafür ihre Intervention beenden, ihre Unterstützung für die verschiedenen Konfliktparteien aufgeben und sich darauf beschränken, Verhandlungen für einen Waffenstillstand und die Bildung einer Übergangsregierung

ohne Vorbedingungen - also auch ohne die Forderung nach einem Rücktritt Assads - zu unterstützen.

Der Frieden in Syrien kann nur von den SyrerInnen errungen werden. Deshalb ist es allem voran unsere Aufgabe, uns für ein Ende der internationalen Intervention einzusetzen. Wir müssen dafür sorgen, dass die Waffenlieferungen in das Land gestoppt werden - keine Waffen für keine Konfliktpartei.

Wir müssen hier Druck auf die Bundesregierung machen, keine Konfliktpartei mehr mit Geld, politischer Unterstützung oder sonstwie zu stärken, humanitäre Hilfe nicht auf die „befreiten Gebiete“ zu beschränken, sondern allen Bedürftigen zukommen zu lassen. Auch dafür sind Verhandlungen mit der syrischen Regierung notwendig. Wir dürfen uns aber nicht dazu verleiten lassen, unsere Kritik an der westlichen Intervention mit einer Verklärung Assads und der Baath-Partei zu beantworten und uns damit von den berechtigten Forderungen nach einem demokratischen und sozialen Wandel zu entsolidarisieren. Das Assad-Regime ist ein unterdrückerisches.

Wir solidarisieren uns mit allen, die sich für ein Ende der Gewalt und eine politische Lösung einsetzen und gewaltfrei für ein demokratisches, soziales und säkulares Syrien eintreten.

**Jan van Aken,**  
MdB und außenpolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion DIE LINKE

Syr  
Keine  
Einmischung  
von außen

## Im Syrienkrieg kulminieren verschiedene innen- und weltpolitische Faktoren.

An erster Stelle steht die imperialistische Absicht des „Westens“, insbesondere seit 1989 sich den gesamten Nahen Osten untertan zu machen, seine Einflußsphäre gegenüber China und Rußland auszubauen und die regionalen Ressourcen auszuplündern. Der von den US-Neokonservativen beanspruchte „Greater Middle East“

erstreckt sich von Marokko bis nach Kasachstan, einschließlich Afghanistan, Irak, Libyen

(auch Mali grenzt daran). Daher wird mit Sanktionen und Krieg gedroht, werden religiöse Gruppen aufeinandergehetzt, Waffen und Geld geliefert, Chaos gestiftet und militärisch interveniert. „Kreative Zerstörung“ nennen es die Ideologen der Think-Tanks. Damit soll die krisenhafte kapitalistische Weltwirtschaft durch einen Zirkel von Krieg, Zerstörung, „Aufbau“, Aufrüstung und neuen Kriegen am Laufen gehalten werden, was die Krise weiter verschärft. Die Kampfansage durch den „Krieg gegen den Terror“ hat so zu einem Erstarken religiös-reaktionärer Kräfte geführt, die sich als Widerstandskämpfer gerieren.

Ein zentrales Ziel dieser neokolonialen Hegemoniebestrebungen ist ein „regime change“ im ölreichen und politisch mit Syrien verbundenen Iran, und dieser Krieg wird blutig auf dem Rücken der Bevölkerung ausgetragen.

Im März 2011 begannen im Zuge des arabischen Frühlings die Demonstrationen der syrischen Be-

völkerung für Freiheit und Würde, gegen die unmenschliche soziale Lage und die autoritäre Staatsführung der Baath-Partei. Der Aufbau militanter Aufständischer und die Bombardierung Libyens durch die NATO-Staaten bedeuteten eine Eskalation. Das hat dazu beigetragen, daß die Regierung Syriens mit aller militärischen Härte gegen die protestierenden Menschen vorgeht. Wäre der Libyenkrieg verhindert worden, hätte die syrische Bevölkerung erheblich bessere Kampfbedingungen.

Die westlichen Mächte trachteten von Beginn an danach, die ursprünglich zivile Bewegung für einen „regime change“ zu instrumentalisieren. Zudem wollen Diktaturen wie die Türkei, Katar und Saudi-Arabien ihren Einfluß insbesondere gegenüber dem Iran ausbauen. Die angeblichen „Freunde Syriens“ haben mit medialer Propaganda, militärischer Unterstützung und dogmatischen Rücktrittsforderungen jegliche Friedensbemühung gezielt unterlaufen. Der Konflikt wurde von außen angeheizt, und Syrien wurde zu einem Aufmarschgebiet von „Gotteskrieger“.

Die Fehler des Assad-Regimes sind folgenswer, aber nicht die Hauptursache des Konflikts. Es ist typisch für die arabisch-nationalistischen Parteien, auch für die syrische Baath-Partei, daß sie sich für säkulare Sozialstaaten und die Unabhängigkeit von den Kolonialmächten (50er Jahre) einsetzten und zur Aufrechterhaltung ihrer autoritären Ordnung linke Bewegungen gewaltsam bekämpfen. Bei der progressiven syrischen Opposition handelt es sich um einen sozialen Protest gegen die neoliberalen Deformationen nach Art von EU und IWF, die seit 2006 zu unzumutbaren Lebensverhältnisse geführt haben. Der Kampf für „Freiheit und Würde“ steht weiterhin auf der Tagesordnung.

Damit der Konflikt politisch gelöst werden kann, muß vor allem der Einmischung von außen ein Ende bereitet werden. Waffenstillstand, Stopp aller Waffenlieferungen und die Entmilitarisierung aller Seiten sind zwingende Voraussetzungen für Verhandlungen und soziale Verbesserungen.

Die Eckpunkte des Sechs-Punkte-Plans von Kofi Annan, der sich mit den

Vorstellungen der progressiven Opposition deckt, sind richtig: Einstellung des Tötens; humanitäre Hilfe; Freilassung der politischen Gefangenen; Demonstrations- und Bewegungsfreiheit; Einleitung eines politischen Dialogs. Ob Assad gehen muß oder nicht, ist allein Sache der Syrer.

Die Perspektive des Friedens besteht darin, daß die Bevölkerung ihre Lebensbedingungen selbst in die Hand nimmt. Mit der Demokratisierung der Gesellschaft müssen soziale Reformen einhergehen, die für alle Menschen ein Leben in Würde bedeuten. Bildung und Arbeit für alle sind existentiell. Keine der gewaltausübenden Gruppen ist dazu in der Lage. Die „Dritte Kraft“, die bekämpft und in den Medien konsequent verschwiegen wird, ist die Friedensbewegung, der demokratische Widerstand, Linke auf der ganzen Welt und Millionen mutige Menschen, die für die Menschenwürde kämpfen. Insbesondere das „Nationale Koordinationsbüro für den Demokratischen Wandel“ in Syrien ist den drei Neins verpflichtet: Nein zur ausländischen Intervention, Nein zu religiösen Aufwiegelungen, Nein zu Gewalt und Militarisierung.

Unsere vornehme Aufgabe ist Aufklärung. Das Wissen um die globalen Zusammenhänge und um den Kampf unserer Mitstreiter weltweit beflügelt das Engagement gegen die imperialistische destruktive Intervention des „Westens“, die hier gestoppt werden muß. Wir dürfen uns nicht verleiten lassen, den Imperialismus zu verklären. „Adopt a revolution“ oder moralisierende rosa-grüne Aufrufe wie „Freiheit braucht Beistand“, die einen „regime change“ als alternativlos erscheinen lassen und sich nicht gegen Militärinterventionen stellen, sind falsch.

Wir sollten gegen die Lügen der Herrschenden der Wahrheit und der „Dritten Kraft“ für Frieden, sozialen Fortschritt und Demokratie zum Durchbruch verhelfen.

Gunhild Berdal, AG Frieden und Abrüstung, Bundesausschuß Friedensratschlag

# rien

## Frieden braucht Frieden!



# Ein Maulkorb für die Fraktion

Geschichte sollte nicht zur Tabuisierung berechtigter Anliegen und legaler Aktionen dienen

Was ist es, das die Fraktion der Linkspartei im Deutschen Bundestag trieb, sich vor zwei Jahren einen Maulkorb umzuhängen, als sie am 8. Juni 2011 einstimmig entschied: „Wir werden uns weder an Initiativen zum Nah-Ost-Konflikt, die eine Ein-Staaten-Lösung für Palästina und Israel fordern, noch an Boykottaufrufen gegen israelische Produkte noch an der diesjährigen Fahrt einer ‚Gaza-Flotille‘ beteiligen.“ Zur Begründung sind wir auf die Überschrift der Entscheidung: „Entschieden gegen Antisemitismus“ und einige dürre Sätze der Einleitung angewiesen. „Rechtsextremismus und Antisemitismus haben in unserer Partei heute und niemals einen Platz. Die Fraktion DIE LINKE tritt daher entschieden gegen antisemitisches Gedankengut und rechtsextremistische Handlungen auf.“ Zusammengefasst lassen diese Sätze nur den Schluss zu, dass die Fraktion sich die drei Initiativen verbietet, weil sie sie als konkrete Ausgeburten antisemitischen Gedankenguts und rechtsextremistischer Handlungen einstuft. Das ist starker Tobak.

Man könnte die Sache dennoch auf sich beruhen lassen, wenn sich nicht die Besatzungs- und Siedlungspolitik Israels in diesen Jahren weiter radikalisiert, die Existenzbedingungen der Palästinenser in der Westbank und Gaza drastisch verschlechtert und der vielbeschworene „Friedensprozess“ sich faktisch aufgelöst hätten. Nicht nur Obama hat sich auf die Zuschauerbank zurückgezogen, aus der EU kommt allenfalls Kritik ohne Folgen und über die Parteien des Bundestages hat Kanzlerin Merkel das Blei ihrer Staatsräson gelegt, die sich die LINKE ausdrücklich als Fraktionsräson zu eigen gemacht hat. Es wird von besonderer Verantwortung geredet, aber den kriminellen Auswüchsen der Besatzungspolitik regungslos zugeschaut. Die LINKE

tut ein Weiteres und diffamiert Initiativen aus der Zivilgesellschaft, die sich nur deswegen nicht mehr auf Mahnungen, Eingaben und Apelle beschränken, weil Regierungen und Parteien vollkommen versagen.

Die Initiativen haben überhaupt nichts mit Antisemitismus zu tun – wer hat das nur der Linken diktiert? Die Forderung nach einer Ein-Staaten-Lösung ist nicht nur in der palästinensischen, sondern auch in der israelischen Gesellschaft weit verbreitet. Seit Jahren vertreten prominente Politiker der Rechten, wie der ehemalige Parlamentspräsident Reuven Rivlin oder der mehrmalige Minister Moshe Arens, die Vision eines gemeinsamen Staates mit gleichen Rechten für alle Bürger auf dem Gebiet des historischen Palästinas. Ein solcher Staat müsse nicht im Widerspruch zu einem „jüdischen Staat“ stehen, wenn man das israelische Gesetz auf das gesamte Westjordanland ausdehne und den Palästinensern Staatsbürgerschaft und Wahlrecht gebe. Man müsse nur ein Apartheidssystem vermeiden. Genau dies allerdings besteht derzeit in Palästina: ein Staat Israel mit einer Apartheidzone in den besetzten Gebieten. Die Politik Netanyahus, Liebermanns und Baraks zielt genau auf diese Lösung, trotz ihres formalen Bekenntnisses zu einer Zwei-Staaten-Lösung, die sie allerdings systematisch torpedieren. Auch das Bekenntnis der PLO zur Zwei-Staatenlösung verliert angesichts des schwindenden Territoriums immer mehr an Glaubwürdigkeit. Sie wird aufrecht gehalten, weil sie das Ursprungskonzept der UNO von 1947 war, auf dem man sich auch heute noch die meiste internationale Unterstützung erhofft. Zudem erscheint vielen das Nebeneinander der allmählich tief verfeindeten Völker in einem gemeinsamen Staat unmöglich. Was ist schwieriger, der Kampf um einen separaten souveränen Staat

in klar definierten Grenzen oder der Kampf in einem gemeinsamen Staat gegen ein drohendes Apartheidssystem? Es ist die Sache der Palästinenser und Israeli darüber zu entscheiden und nicht unsere; darüber jedoch zu diskutieren und die eine oder andere Lösung zu favorisieren, hat nichts mit Antisemitismus zu tun.

Die Forderung nach einem Boykott israelischer Waren ist in Palästina entstanden. Ihr Vorbild ist der Apartheidsboykott gegen das weiße Regime in Südafrika und hat erhebliche Resonanz in den meisten europäischen Staaten und Lateinamerika gefunden. Er wird in vielen Varianten vertreten und gilt nur, solange sich Israel nicht an das Völkerrecht hält. Er richtet sich insbesondere gegen den völkerrechtswidrigen Export von Gütern, die in den besetzten Gebieten hergestellt werden, deklariert als israelische Waren. Nach den Regeln der EU ist ein derartiger Export verboten, wird aber vielfach unterlaufen. Der zentrale Einwand gegen Boykottaktionen lautet, sie produzierten im historischen Unterbewusstsein vieler Deutscher eine Wiederholung ihrer unseligen Geschichte des Boykotts jüdischer Geschäfte. Er verkennt und verwischt jedoch die totale Andersartigkeit und Zielsetzung der aktuellen Boykottbewegung. Was 1933 der verbrecherische Auftakt einer gigantischen Vernichtungsaktion war, soll heute dem Schutz der palästinensischen Ökonomie und ihrer Befreiung von einer jahrzehntelangen illegalen Besatzung dienen. Einmal mehr sollte auch hier die Geschichte nicht zur Tabuisierung vollkommen berechtigter Anliegen und legaler Aktionen dienen.

Das Verbot, an einer Free-Gaza-Flottille teilzunehmen, kehrt die ursprüngliche Unterstützung und ausdrückliche Zustimmung zu der Antiblockade-Aktion einiger ihrer Abgeordneter ein Jahr zuvor in ihr Gegenteil. Dies ist nur aus dem Umschwung der einschlägigen Presse zu verstehen, die nach Tagen der Verblüffung und Unsicherheit, sich wieder hinter die Blockade- und Besatzungspolitik Israels einreihete. Die Gaza-Flottille sollte Israel provozieren, die Strangulierung der Bevölkerung im Gazastreifen endlich aufzugeben. Doch schon nach einigen Wochen waren nicht mehr der tödliche Angriff auf die Mavi Marmara und die Blockade des Gazastreifens das Ziel der Kritik, sondern die Seefahrer der vielberufenen Zivilgesellschaft, die mit friedlichen und legalen Mitteln ihren Protest sichtbar machten. Es ist eher trostlos denn ermutigend, dass sich die Fraktion diesem Mainstream angeschlossen hat.

Die Fraktion scheint der Meinung zu sein, dass mit diesen Themen mehr Wählerinnen und Wähler zu verlieren als zu gewinnen sind. Diese Einschätzung hängt von den Kreisen ab, in denen man sich bewegt. Doch ein Maulkorb, den man sich umhängt, schmückt nirgends. Er verschwindet nicht, wenn man ihn selbst nicht mehr bemerkt. Alle Versuche, die Fraktion von ihm zu befreien, waren bisher vergeblich.

**Norman Paech** ist emeritierter Professor für Völkerrecht an der Universität für Wirtschaft und Politik in Hamburg (HWP) und war Hamburger Bundestagsabgeordneter der LINKEN von 2005 bis 2009

## Andere Stimmen

### Syrien – Wie man einen säkularen Staat zerstört und eine Gesellschaft islamisiert

Der Krieg in Syrien ist täglich in den Nachrichten, verlässliche Informationen sind dennoch Mangelware. Längst ist der anfangs friedliche Protest in einen von außen geschürten und finanzierten bewaffneten Aufstand übergegangen, der einem demokratischen Wandel die Luft abwürgt. In diesem Konflikt mischen mittlerweile so viele unterschiedliche Akteure mit, dass das Geflecht widerstreitender Interessen nur schwer zu durchschauen ist. Medial und politisch werden im Westen nur jene Kräfte wahrgenommen, die den gewaltsamen Sturz von Staatschef Baschar Al-Assad betreiben. Andere Stimmen finden kein Gehör. Ebenso wenig wird die Frage erörtert, wie festgestellt werden kann, was eine Mehrheit der Syrerinnen und Syrer will und welche Bedingungen dies erfordert. Diese Lücken schließt das vorliegende Buch.

Aus eigener Erfahrung beleuchten namhafte syrische Regierungskritiker Aufgaben und Chancen gewaltfreier Opposition. Sie skizzieren Wege zu Verhandlungslösungen, zu einer Übergangsregierung und zu freien Wahlen. Sie entflechten die politischen und sozialen Kräfte und Konstellationen, die in dieser Auseinandersetzung eine Rolle spielen. Autorinnen und Autoren aus Ägypten, Libanon und Deutschland ordnen den Syrien-Konflikt in die Geschichte des Nahen und Mittleren Ostens ein und untersuchen seinen Stellenwert in der Politik der USA, der Nato, Israels, Saudi-Arabiens und Katars und der aufstrebenden Regionalmacht Türkei. Sie zeichnen die Haltung der Bundesregierung nach und fassen die Debatte in Deutschland und Europa zusammen. Ergänzt werden die Beiträge durch Schlüsseldokumente und ein Who is Who der syrischen Opposition.



Wolfgang Gehrcke und Christian Reymann (Hg.): Mit Beiträgen von Mamdouh Habashi, Louay Hussein, Karin Kulow, Karin Leukefeld, Haytham Manana, Norman Paech u. a. PapyRossa-Verlag 2013, 187 Seiten, 9,90 Euro.

# Türöffner Mali

**Wird Afrika das Aufmarschgebiet eines europäischen Neo-Imperialismus?**

Der Sahel und die Sahara sind längst zu einem für Banditen und Kriminelle lukrativen Raum geworden: Durch die Wüste führt die wichtigste Straße des Handels mit kolumbianischem Kokain in Richtung Europa. Die zweite Einkommensquelle ist das Abpressen von Schutzgeldern von den Tausenden afrikanischen Migranten, die durch die Wüste ans Mittelmeer streben. Die dritte sind Lösegelder für entführte Touristen, Diplomaten, Techniker, aber auch Geheimdiensagenten: Allein die ominöse Al Qa'eda im Islamischen Maghreb (AQIM) soll derzeit über 60 Geiseln in ihrer Hand haben. Die Sahelstaaten Tschad, Niger, Mali, Mauretanien und Burkina Faso gehören zu den ärmsten Ländern der Welt. Seit über zehn Jahren bleiben die regelmäßigen Regenfälle aus mit katastrophalen Folgen für die Nomaden, also gerade auch der Tuareg, deren Herden weitestgehend vernichtet sind. Durch die Wüste wird auch die mehr als 4.000 Kilometer lange Gaspipeline von der algerischen Sonatrach und der russischen Gazprom gebaut, die vom Nigerdelta durch den Sahel ans algerische Mittelmeerufer führen soll.

**Der Konflikt in der Sahelzone wird nicht in Mali gelöst.** Mali teilt sich eine mehr als sieben tausend Kilometer lange Grenze mit sieben Nachbarstaaten. Im Nordosten und Norden mit Algerien, im Nordwesten mit Mauretanien, im Osten mit Niger, im Südosten mit Burkina Faso, außerdem Senegal im Westen, Guinea im Südwesten und die Elfenbeinküste im Süden.



Die Staaten des Sahel sind aber nicht nur die – statistisch – ärmsten, sie gehören auch zu den ressourcenreichsten der Welt: Öl, Gas, Uran, Phosphat, Gold und Diamanten werden hier von den internationalen Konzernen, vor allem unter französischer Mehrheitsbeteiligung, ausgebeutet. Und natürlich gibt es hier Terroristen: Schon 2003 war die Entführung von 32 deutschen, österreichischen und schweizerischen Touristen Anlass, die Sahelzone in die Sicherheitsstrategie des Westens einzubeziehen: Die USA, die damals erklärten, bis zum Jahr 2014 ihre Ölimporte aus der Region von 13 auf 25 Prozent steigern zu wollen, gründeten schon im Jahre 2005 die Pan-Sahel-Initiative, deren Hauptaufgabe die Terrorismusbekämpfung sein sollte, ihr folgte 2007 das African Command (Africom), ein regionales Oberkommando für Afrika. Inzwischen hat auch China den Sahel-Raum als Energielieferanten entdeckt und in Niger Schürfrechte für Uran erworben. All dies ist eine Herausforderung für die alte neokoloniale Vorherrschaft Frankreichs, das seit der „Unabhängigkeit“ der Staaten des ehemaligen französischen

Westafrika teils hinter den Kulissen, teils durch unzählige Militärinterventionen stets die politische Kontrolle über seine ehemaligen Kolonien erhalten hat und mittels des Systems der Françafrique, eines Systems aus Korruption, Kriminalität und politischer Einflussnahme, stets die Interessen französischer Konzerne gesichert hat: Total für Erdöl und Gas, Areva für Uran aus Niger (und Mali, wo große Uranvorkommen existieren): Areva, über seine Verschachtelung mit Siemens-Nuklear Hauptsponsor des 1. FC Nürnberg, nennt sich selbst den weltgrößten Hersteller von Nuklearfabriken, von der Produktion bis zu Atomkraftwerken und „Entsorgungsanlagen“ wie La Hague.

Der Sahel, und in seinem Zentrum der Norden Malis, ist tatsächlich von höchstem (wirtschaftlichem!) strategischem Interesse. Und da sind inzwischen die Interessen Frankreichs – und damit auch der EU bedroht: Schon immer hat Frankreich die EU-Politik in seinem ehemaligen Kolonialgebiet Westafrika formuliert und dort die politischen Verhältnisse geregelt. In zunehmendem Maße bedarf es jedoch der EU, um diese durchzusetzen, reichen doch Frankreichs militärische Kapazitäten allein dafür nicht mehr aus. Die Intervention in Mali zeigt dies überdeutlich: Nicht nur wurden zur Intervention tschadische Truppen mobilisiert – die Regierung des von Frankreich installierten und abhängigen Präsidenten Déby wurde gerade durch eine EU-Intervention (EUFOR/Tschad, RCA) „stabilisiert“. Auch die zur Unterstützung via UN-Sicherheitsrat mobilisierten Truppen der allerdings nicht sehr kampferprobten ECOWAS-Staaten sind, bis auf Nigeria, alle ehemalige französische Kolonien.

Mali gerät so zu einem Schauplatz neuer imperialistischer Interessen: Während China nicht nur gezielt auf die energetischen Ressourcen in Mali zuzugreifen versucht, ist es auch einer der Hauptakteure des Land-Grabbing am fruchtbaren Nigerbogen. Dort werden zigtausende Hektar Land von privaten und staatlichen Akteuren übernommen, um Lebensmittel für den Export oder Bio-Sprit für „ökologische“ Antriebssysteme zu produzieren. Mittels Africom haben die USA ihren Herrschafts- und Lenkungsanspruch angekündigt. Frankreichs seit der Kolonialzeit dominante Position kommt daher ins Wanken. Was aber wäre französische Kolonialpolitik ohne die Achse Paris-Berlin? Es ist deshalb kein Wunder, dass das EU-eigene Pariser Institut für Sicherheitsstudien schon im Dezember ein Programmpapier (Policy-Brief) veröffentlicht hat, in dem ein EU-Engagement im Sahel gefordert wird. Dort wird argumentiert, dass die „terroristische Bedrohung“ nahe am europäischen Territorium liegt und dass „die Spannungen im Sahel-Raum zu einem internationalen Mehrebenen-Engagement für Frieden und Sicherheit geführt“ haben: Eleganter und eindeutiger könnte die Absicht einer Intervention kaum formuliert werden.

In der Tat: Hinter Frankreich drängt Deutschland auf eine Beteiligung. Frankreich allein kann die Aufgabe militärisch nicht schultern, Deutschland will seine neue „Armee im Einsatz“ endlich auch in eben diesen Einsatz bringen. Allerdings vorerst niemals allein, sondern nur im Bündnis, und wenn irgend möglich mit den Weihen einer Resolution des UN-Sicherheitsrats. Die deut-

sche Beteiligung spricht für sich: Zunächst Betankung von Flugzeugen, dann Militärausbilder, dann diese möglichst frontnah – dann wohl auch militärische Präsenz an der Front. Auch hier ist der Weg in einen veritablen Krieg vorgezeichnet, denn die als Terrorismusbekämpfung getarnte Aktion gilt konkret der Ressourcensicherung. Und: Kein Kenner der Verhältnisse in diesem Elendsgürtel am Südrand der Sahara wird der These widersprechen, dass das Problem des Staatszerfalls in Mali, befördert durch die Zerstörung der Staatlichkeit in Libyen, ein Problem des gesamten Sahelgürtels von Mauretanien bis Sudan und Somalia ist. Die punktuelle Intervention in Mali erweist sich, was ihre Vorgabe der Terrorismusbekämpfung betrifft, als ein Tropfen auf den heißen Stein: Die Vertreibung der „Terroristen“ aus den Städten Nordmalis und die Installierung einer neuen, Frankreich genehmen Regierung in Bamako ist keine Lösung, sondern die Verlängerung des Problems, das auf Elend, Hunger und Fremdbestimmung basiert. Die „Terroristen“ aber werden sich auf die ganze Region verteilen, es droht ein neues Afghanistan in einem geographisch riesigen Raum.

Mehr als fadenscheinig ist auch das Argument der Bekämpfung des Terrorismus und des Schutzes der Menschenrechte: Würde letzteres ernst genommen, müsste der Krieg für die Menschenrechte in Saudi-Arabien beginnen, dem Deutschland gerade an die 800 Leopard-Panzer liefern will. Zusammen mit der Bekämpfung des Terrorismus war der Schutz der Menschenrechte schon seit Ende des bipolaren Systems Grund für unzählige Militärinterventionen vom Krieg gegen Jugoslawien über den Krieg in Afghanistan, in Libyen und derzeit in Syrien bis hin zur Begründung von Africom: Terrorismus ist, ganz im Gegenteil, der Vorwand für Intervention. Und wer genauer die „terroristische Szene“ im Sahel beobachtet, stellt schnell fest, dass die dortigen Banden, jenseits ihrer kriminellen Einkünfte aus Drogen-, Menschen- und Waffenhandel allesamt eng verbunden sind mit ausländischen Interessen und deren Diensten: So ist es keine Geheimnis, dass die furchterregende Al Qa'eda im Islamischen Maghreb (AQMI) an der langen Leine des algerischen Geheimdienstes geführt wird, dass die ominöse neue Terrororganisation MUJAO (Mouvement pour Unité et le Jihad en Afrique Occidentale) von Qatar finanziert wird, dass die MNLA (Nationale Bewegung für die Befreiung des Azawad) von Frankreich unterstützt wird und die Begründung für die französische „Befriedung“ des Konflikts in Mali liefern musste. Existenz und Bekämpfung des „Terrorismus“ erweisen sich somit als nützlicher Vorwand für die Sicherung von Ressourcen. Für die Bundesrepublik Deutschland könnte gerade dieser Konflikt zu einem Türöffner werden, um nicht als Anhängsel der USA und der NATO, sondern als Führungsmacht in der EU eine neue zentrale Rolle zu übernehmen, denn der Konflikt im Sahel wird nicht in Mali gelöst, er droht zum Flächenbrand in Afrika zu werden.

**Werner Ruf** ist Politologe und Friedensforscher, bis 2003 Professor für internationale und intergesellschaftliche Beziehungen und Außenpolitik an der Universität Kassel. Zuletzt erschienen: *Der Islam – Schrecken des Abendlandes. Wie sich der Westen sein Feindbild konstruiert.* Köln 2012.

## Frauen mit Einkaufstaschen

**Im Frühjahr diesen Jahres war Portugal wieder einmal weltweit in den Nachrichten: Das Verfassungsgericht kippte das Sparpaket der Regierung Passos Coelho.**

Was auf den ersten Blick als ein Sieg der sozialen Bewegungen erschien, war tatsächlich ein Ausdruck ihrer Ohnmacht: Da es ihr bisher nicht gelungen ist, eine Gegenkonzept zu entwickeln, fand sich die Linke in dieser Auseinandersetzung zwischen Regierung und Rechtsprechung auf den Zuschauerplätzen wieder. Die vom Gerichtsurteil gekippten Sparmaßnahmen wurden von der Regierung postwendend durch solche ersetzt, die nun vor allem zu Lasten der Arbeitslosen und des Gesundheitssystems gehen.

Noch 2011 war es in Portugal zu einer der größten Demonstrationen der vergangenen 30 Jahre gekommen. Selbstorganisierte Volksversammlungen und Besetzungen setzten Impulse, die an die Erfahrungen der „Nelkenrevolution“ von 1974 anknüpften. Damals hatten sich Arbeiterinnen und Arbeiter in Nachbarschaftskomitees organisiert und in Eigenregie die Produktion in den besetzten Fabriken und auf dem kollektivierten Land übernommen.

Nachdem letzte Überreste der Arbeiterselbstorganisation unter der Last der extremen Armut und den folgenschweren Angriffen des IWF begraben waren, zeigten sich wieder erste Anzeichen einer autonomen sozialen Bewegung. Aber auch die neue Protestbewegung „geração à rasca“ (sinngemäß die „Verlorene Generation“, die portugiesische Variante der „Empörten“), stieß schnell an ihre Grenzen. Bei einer realen Arbeitslosenrate von 18 bis 20 Prozent ist die Jugend am härtesten von der gegenwärtigen Krise betroffen: Unter den jungen Leuten sind 36 Prozent arbeitslos und 56 Prozent haben lediglich Zeitarbeitsverträge. Viele haben eine Hochschulausbildung: In den letzten zehn Jahren war die Zahl der Hochschulabsolventen – nicht zuletzt dank zahlreichen EU-Förderprogramme und der durch die Euro-Einführung gewachsenen Mittelschicht – um 100 Prozent angestiegen. Hunderttausende junger Erwachsener, bis dahin eher unpolitisch, wählten den Weg des Straßenprotestes, um gegen ihre voranschreitende Proletarisierung anzukämpfen.

Ihr Kampf zielte jedoch in erster Linie darauf ab, die eigenen materiellen Privilegien zu sichern. Ein oberflächlicher antikapitalistischer Diskurs bemäntelte ihre Schwäche. Ein Großteil der „Empörten“ machte deutlich, dass sich ihr Protest gegen das Versagen von Staat und Markt richtete, ihnen den ersehnten Lifestyle mit Auto oder Eigenheim zu beschaffen.

*Weiter auf Seite 29*



## Vollgedroht

**D**rohnen sind die Technik der Zukunft – schallt es aus dem Verteidigungsministerium. Die Bundeswehr will mit neuen Drohnen ausgerüstet werden, bewaffnet natürlich, um ihrem in den letzten Jahren von wechselnden Regierungen umdefinierten Auftrag als international agierende Einsatzarmee gerecht werden zu können. Sollen die Soldaten damit „gezielt töten“? Der Verteidigungsminister nennt es „gezielt treffen“, und hofft, damit Kritiker und Zweifler zum Schweigen zu bringen: „Jeder Polizist und jeder Soldat lernt in seiner Grundausbildung, gezielt zu treffen. Der Sinn des Zielens ist, dass man das trifft, was man treffen will, und nicht das, was man nicht treffen will.“

Das soll wohl auch davon ablenken, dass Drohnenangriffen für alles andere als präzise Treffer stehen. Die bei US-Drohnenangriffen vielgenutzte „hellfire missile“ zum Beispiel ist eine Rakete mit massivem Splittereffekt, ihre Wirkung lässt sich schon konstruktionsbedingt nicht exakt begrenzen.

Die Drohnenangriffe der USA in Afghanistan und Pakistan, im Jemen und in Somalia haben einer großen Zahl von ZivilistInnen das Leben gekostet. Unter den Opfern sind viele Kinder. Inzwischen wissen wir auch, wie sehr Drohnenangriffe die Bevölkerung in den betroffenen Regionen traumatisieren.

Die völkerrechtswidrige Drohnenstrategie der USA ist bekannt:

- Angriffe auf Terrorverdächtige, unabhängig davon, ob es sich um Kämpfer in einem bewaffneten Konflikt handelt oder nicht.
- Unklarheit darüber, wer agiert – das US-Militär oder der Auslandsgeheimdienst CIA.

- Verletzung der Souveränität der Staaten, in denen Angriffe ohne Zustimmung geflogen werden.

Vor kurzem gab es sogar Medienberichte darüber, dass die CIA ein Programm für Drohnenangriffe in Syrien entwickelt hat. In Afghanistan und Pakistan häuften sich zuletzt sogenannte „signature strikes“, bei denen Analysten die Entscheidung für einen Angriff aufgrund typischer Verhaltensmuster der späteren Zielpersonen treffen. Die Zahl der zivilen Opfer dieser Angriffe wird nachträglich heruntergerechnet, indem alle getöteten Männer und Jungen im „kampffähigen“ Alter als legitime militärische Ziele erfasst werden. Und in Washington „spielt Präsident Obama persönlich Richter, Jury und Henker“ und entscheidet darüber, wer zu eliminieren ist.

Diese Praxis verschleiert die Unterschiede zwischen Militär, Geheimdienst und Strafverfolgung. Sie verwischt die Grenzen zwischen Krieg und Frieden (Nicht-Krieg). Inwieweit den neuesten Versprechungen von Obama tatsächlich Änderungen folgen werden, wird sich zeigen müssen. An der grundsätzlichen Völkerrechtswidrigkeit der US-Strategie würde auch das nichts ändern. Unterdessen weicht die deutsche Bundesregierung der Frage aus, wie sie „gezieltes Treffen“ von „gezieltem Töten“ unterscheidet.

Unbemannte Systeme wie Drohnen zur Kriegführung einzusetzen ist verlockend. Das Risiko eigener Opfer ist gering, die Kosten sind vergleichsweise niedrig – der Auslöser ist schnell gedrückt. Die Hemmschwelle für militärische Auseinandersetzungen sinkt. Eine internationale Ächtung dieser massiv friedensgefährdenden Systeme ist überfällig.

Die Bundesregierung ist allerdings weit entfernt davon, sich für einen Bann einzusetzen. Auch wenn die Pleite namens Euro-Hawk ihre Pläne gerade zum Stocken bringt: An der Idee einer Beschaffung von Kampfdrohnen für die Bundeswehr hält Verteidigungsminister de Maizière fest. Mit der Sprachregelung der vergangenen Monate, eine Entscheidung des Bundestages zur Frage der Anschaffung von Drohnen solle erst nach der Bundestagswahl fallen, versuchte die Bundesregierung, das Vorhaben aus dem Bundestagswahlkampf herauszuhalten. Wenig überraschend – das Thema weckt bei der Bevölkerung keine Begeisterung. Drohneneinsätze werden mit „gezielten Tötungen“ assoziiert. Die Entscheidung, die Bundeswehr mit bewaffneten Drohnen auszurüsten, war aber längst getroffen. Offen ist nur noch, auf welches Drohnenmodell die Wahl fällt. Erst wenn das klar ist, muss der Bundestag über eine Beschaffung abstimmen – auf seine Zustimmung in der laufenden Wahlperiode kam es nie an.

Aber auch innen- und migrationspolitisch werden Träume der Aufrüstung mit unbemannten Systemen wahr – denn nicht nur die Bundeswehr will mit Drohnen ausgestattet werden: Fürsorglichst umhert von den Lobbyisten der Rüstungs- und Sicherheitstechnikindustrie, verlangt die deutsche und europäische Innen- und Grenzpolitik nach Grenzschutzsystemen – Frontex will Drohnen einsetzen, um MigrantInnen noch besser von den EU-Grenzen fernzuhalten; das Aeroceptor-Forschungsprogramm der EU-Kommission entwickelt Techniken, um mit unbemannten Systemen Autos und Motorboote zu stoppen und so nicht nur gegen Waren-, sondern auch gegen Menschenmuggel vorzugehen. Die Länderpolizeien zeigen ebenfalls Interesse an Drohnen – sie hoffen auf Möglichkeiten, Straftaten einfacher aufzuklären, Demonstrationen besser zu überwachen und Menschenmengen zu kontrollieren und zu beherrschen. Heiligendamm als Blaupause, mit einem fließenden Übergang zur „riot control“. Und konsequent zuende gedacht ist es womöglich nur eine Frage der Zeit, bis es einen – von mehreren Polizeigesetzen zugelassenen – sogenannten finalen Todeschuss mit einer bewaffneten Drohne geben wird.

Militarisierung der Außenpolitik, Rundumüberwachung nach innen? Zusammen mit Mautsystemen, Handynetzen und Videoüberwachungstechnologie ist die Hard- und Software einer umfassenden staatlichen Kontrolle und Überwachung längst vorhanden. Und die nächste Generation unbemannter „Helfer“ sitzt bereits in den Startlöchern: vollautomatisierte Kampfsysteme, Mikrodrohnen ... Gut, dass das Thema Drohnen gerade auch von der Linken aufgegriffen wird.

**Kirsten Jansen** war Mitarbeiterin der Linksfraktion im Bundestag

1) BT-Plenarprotokoll 17/219, S. 27110 f.

2) <http://articles.latimes.com/2013/mar/15/world/la-fg-cia-syria-20130316>

3) [http://www.washingtonpost.com/opinions/barack-obama-drone-warrior/2012/05/31/gJQAr6zQ5U\\_story.html](http://www.washingtonpost.com/opinions/barack-obama-drone-warrior/2012/05/31/gJQAr6zQ5U_story.html)

Aus Sicht der „Empörten“ zerstören korrupte Politiker und Banker den Sozialstaat. Unkritisch postulieren sie: „Wir sind alle von der Krise betroffen“.

Die parlamentarische Linke und insbesondere der „Bloco de Esquerda“ (Linksblock, das portugiesische Pendant zur deutschen Linkspartei) kanalisieren und entschärfen die Proteste durch eine Einbindung der sozialen Bewegungen in Bündnisse. Auch die von der kommunistischen PCP dominierte größte portugiesische Gewerkschaft CGTP versucht in gewohnt patriarchaler Manier, die Agenda der Kämpfe zu diktieren.

Einige der vorgeblich außerparlamentarisch orientierten Gruppen wie M12M (Bewegung des 12. März 2011) oder die 15S (Demonstration des 15. September 2012), die zeitweilig die Speerspitze des Protests gebildet hatten, biederten sich den Parteien an und ließen es zu, dass die Parteien die Vorherrschaft über die Protestinhalte zurückgewannen. Gefordert wurde nun ein besseres Leben – von der herrschenden Klasse. Die Volksversammlungen versanken in der Bedeutungslosigkeit, die Besetzungsaktionen verschwanden unter dem Druck der polizeilichen Repression. Zugleich wallte ein „linker“ Nationalismus auf. Die simple Rhetorik „wir gegen sie“, nach der die Ausbeutung allein von außen kommt, fällt in der wenig organisierten Bewegung auf fruchtbaren Boden. Die Troika, das Finanzkapital, die EU, der Euro, die bösen neokolonialistischen Deutschen werden verantwortlich gemacht für das Elend des portugiesischen Volkes. Die bei den Demonstrationen am häufigsten gerufenen Parolen lauten: „IWF raus! Verjagt die Troika!“

Die Proteste in Portugal bestehen jedoch nicht allein aus einer Occupy-Bewegung, deren Erkenntnisgrenze an der Kritik des Finanzkapitals endet oder in der „Unser-Land-gehört-uns“ Forderungen. Beim europäischen Generalstreik am 14. November 2012 war das portugiesische Parlament Schauplatz gewaltsamer Auseinandersetzungen. Frauen mit Einkaufstaschen drängten gemeinsam mit maskierten Jugendlichen an Barrikaden die Polizei zurück. Dieser Ausdruck des Straßenprotestes war wenig erfolgsversprechend, deutet aber auf eine zunehmende Radikalisierung hin. Unkontrollierte und basisdemokratische Proteste sind zumindest der Form nach revolutionär und bieten die Möglichkeit, dass sich eine fundamentale Abkehr vom jetzigen gesellschaftlichen Status quo entwickelt – denn der Gehalt eines Kampfes ist immer auch verknüpft mit seiner Form.

Im letzten Jahr hat sich einmal mehr gezeigt, dass Appelle, friedliche Proteste und ritualisierte Streiks nicht imstande sind, die Durchsetzung der Sparpolitik zu stoppen. Es bleibt zu hoffen, dass diese Erkenntnis zu mehr selbstorganisierten Kämpfen und einer radikalen Infragestellung des Kapitalismus führen wird.

**Manuel Furtado** ist Musiker und lebt in Hamburg

# Barbarei und Demokratie

Das „Recht der Völker“ – zwischen Schutz für „schwache Staaten“ und Herrschaftsinstrument

Die Lektüre des von Norman Paech und Gerhard Stuby vorgelegten Studienbuches über Völkerrecht und Machtpolitik ruft einen berühmten Marxschen Satz ins Gedächtnis: „Zwischen gleichen Rechten entscheidet die Gewalt“. Zwar hinkt der Bezug zum „Kapital“, insofern Marx hier keine Fragen des internationalen Rechts behandelt. Jedoch bringt das Zitat präzise die Ambivalenz des bürgerlichen Rechts zum Ausdruck, die auch Paech und Stuby beschäftigt. Mit ihrer „historisch kritischen“ (S. 15) Herangehensweise beschränken sich die Autoren nicht auf eine Darlegung der Genese der heutigen Völkerrechtsordnung und ihrer Hauptelemente. Sie skizzieren das Völkerrecht in seiner immanenten Widersprüchlichkeit. Die besteht darin, dass es einerseits theoretisch, das heißt abstrahiert vom real existierenden Imperialismus, ein für (schwache) Mitgliedsstaaten der UNO zugängliches Instrument zum Schutz der eigenen Sou-

me auf das Selbstverteidigungsrecht, die nach Artikel 51 einzige „in der UNO-Charta selbst genannte Ausnahme vom Gewaltverbot“ (S. 554), begonnen wurde.

„Notfalls, nach US-amerikanischem Beispiel gegen den Irak, [wird aber] auch ohne UNO (...) die militärische Sicherung der vitalen Interessen vorgenommen“ (S. 886) – was abermals das schwache Bekenntnis der kapitalistischen Großmächte zu den Vereinten Nationen bloßlegt. Lieber noch lässt man jedoch das Recht des Stärkeren nach moralischer Überlegenheit aussehen: So rechtfertigte der UN-Sicherheitsrat (UNSC) den NATO-Krieg gegen Libyen im März 2011 unter Berufung auf das Konzept der Schutzverantwortung („Responsibility to Protect“, R2P) und schuf damit einen Präzedenzfall. Ganze dreizehn Tage später sollte diese neue Interpretation des Völkerrechts ein weiteres Mal zur Anwendung kommen – zur Rechtfertigung des Kriegseinsatzes und des „Regime Change“ in der Elfenbeinküste durch das französische Militär.



Norman Paech/Gerhard Stuby (2013): Völkerrecht und Machtpolitik in den internationalen Beziehungen. Aktualisierte Ausgabe. VSA Verlag Hamburg. 1059 Seiten. Preis: 60 Euro

Angesichts dieser verheerenden historischen Bilanz stellt sich die Frage, wieso man sich eigentlich mit dem Völkerrecht auseinandersetzen sollte? Paech und Stuby sind angetreten, eine Antwort zu formulieren und den Zugang zum Verständnis für die Wirkungsweise des Völkerrechts nicht nur für fachkundige Juristen zu öffnen, denn „die juristische Dogmatik [verdeckt] die soziale Funktion des Völkerrechts“ (S. 21). Zweifelsohne ist ihnen dieses Unterfangen mit dem lesenswerten Standardwerk gelungen. Darüber hinaus haben sie eine sehr umfangreiche und informative Geschichte des Völkerrechts geschrieben, die explizit nicht aus der Perspektive der Herrschenden erzählt wird.

veränität ist. In der Praxis wird es andererseits zur Durchsetzung der Interessen globaler Mächte entweder übergangen oder direkt als Instrument zur Herrschaftssicherung benutzt. Paech und Stuby liefern hierfür zahlreiche historische und aktuelle Beispiele.

Viele Male wurde das Instrumentarium der UNO zur Rechtfertigung der militarisierten Außenpolitik und zur Verschleierung ihrer Ursachen herangezogen. Die wiederholt versprochene Friedensdividende ist weder nach dem Zweiten Weltkrieg noch nach dem Ende des „Realsozialismus“ verwirklicht worden. An den meisten der bis heute über 200 Kriege waren führende kapitalistische Staaten trotz Bekenntnis zum Völkerrecht in unterschiedlicher Form beteiligt (S. 879). Dass zum Beispiel die „Neue Weltordnung“ nach 1990 nicht gewaltlos auf die Erde kam, „sondern ihr Auftakt (...) mit einer Militäraktion gegen den Irak begann, fiel zunächst nicht auf. Denn sie vollzog sich im Namen der UNO“ (S. 16). Ebenso der Krieg gegen Afghanistan, der 2001 unter Bezugnah-

In einem wichtigen Punkt lassen die Autoren allerdings ein Fragezeichen zurück: Ihre zentrale politische Schlussfolgerung aus der Ambivalenz von Recht und Machtpolitik ist die Forderung nach der Demokratisierung der UNO und der Aufnahme schwacher Staaten in den UNSC. Wenn die Autoren aber zu Recht die Ohnmacht beziehungsweise die Instrumentalisierung des Völkerrechts und der UNO immer wieder auf die politische Ökonomie zurückführen – wie soll dann ein Demokratisierungsprozess innerhalb des Kapitalismus bürgerliches Recht vor Interessenpolitik schützen? Zwar ist die Forderung ebenso richtig, wie das juristische Handwerkszeug des Völkerrechts zu nutzen und es gegen die von den Mitgliedern des UNSC herbeigeführte Barbarei zu wenden. Aber wird sie abgekoppelt von der Kritik der politischen Ökonomie erhoben, läuft das Postulat nach mehr Demokratie ins Leere.

## Christin Bernhold

ist im LandessprecherInnenrat der Linksjugend [‘solid] Hamburg, unter anderem aktiv in der LINKEN und im Bündnis „Bildung ohne Bundeswehr (BoB)“



**schattendasein**

# Ein denkwürdiger Sommer

„Die Knechtung des Geistes ist herrschend in einem Teil der Welt. Das mußte erst kommen, damit wir alle zusammenfanden [gemeint ist der Kongreß zur Verteidigung der Kultur in Paris – Red.] und Marxisten, sowie bürgerliche Schriftsteller ihre tiefe Verwandtschaft entdeckten. Beide wollen eine denkende Gesellschaft anstatt einer verdummen.

Die geknechteten Länder glauben durch die Abschaffung des Denkens die Gesellschaft zu retten. Alle in Paris Versammelten waren dagegen überzeugt, daß eine Gesellschaft mit dem Denken jedes Recht auf ihr Bestehen verliert. Es gibt gar keinen Grund, weshalb Menschen sich ihr innerlich noch verbunden fühlen sollten, sobald die Gesellschaft die Erkenntnisse unterdrückt und ihre Verwirklichungen mit Gewalt verhindert. Die Menschen haben an jeder Gesellschaft nur gerade das Interesse, daß sie Erkenntnis verwirklicht. Die richtigen Erkenntnisse stimmen bemerkenswerter Weise immer überein mit einer Verbesserung der menschlichen Lage.

Ein ehrlicher Demokrat wird, wie die Dinge sich nun gewendet haben, erkennen müssen, daß nur der Marxismus die Voraussetzungen schafft für wirkliche Demokratie. Auch der ernste Religiöse sieht die Verwirklichung seines Glaubens im Sozialismus. [...]

(D)as Böse und Furchtbare (kann) überwunden werden durch Kämpfer, die das Unglück zum Denken erzog, wie auch durch Denkende, die gelernt haben zu reiten und zuzuschlagen.“

**Heinrich Mann 1935**

(Auszug)

